

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

4 (12.3.1946)

Badische Landesbibliothek



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 1b bis 5, Telefon 4051 bis 4053. — Bezugsangaben für Pforzheim (Eberleinstr. Nr. 8) und Bruchsal (Schönbornstr.)

1. Jahrgang Karlsruhe, Dienstag, 12. März 1946 Nummer 4

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Nonparelletze RM 2.—, in den Bezugs-Ausgaben RM 1.—, Amtliche Anzeigen je w. die Hälfte.

Entlassung polit. einwandfreier Kriegsgefangener

Frankfurt, 11. März. (DANA) Vom 1. Oktober 1946 an wird es in der amerikanischen Besatzungszone keine Kriegsgefangenen mehr geben. Wie das amerikanische Hauptquartier bekannt gab, werden alle Kriegsgefangenen bis zum 1. Oktober noch einmal politisch überprüft und dementsprechend in verschiedene Gruppen eingeteilt. Alle politisch einwandfreien Gefangenen sollen dann entlassen werden, während die übrigen Gruppen als Zivilinternierte nach den für Personen unter automatischen Arrest geltenden Bestimmungen weiterhin in amerikanischem Gewahrsam bleiben.

Insgesamt 623 000 Kriegsgefangene wurden der französischen Regierung von den amerikanischen Streitkräften für den Wiederaufbau Frankreichs zur Verfügung gestellt. Augenblicklich arbeiten 115 799 deutsche Kriegsgefangene für die amerikanischen Streitkräfte in Frankreich und weitere 8000 in England.

Die aus Amerika in Le Havre eintrafenden Kriegsgefangenen werden in einem Auffanglager genauestens überprüft und in eines der 5 Kriegsgefangenenlager nach Frankreich gebracht. Von dort kommen sie in die einzelnen Entlassungslager nach Deutschland.

Hamburger Giftgasprozeß

Zwei Todesurteile gefällt

Hamburg, 11. März. (DPD) Der Hamburger Giftgasprozeß endete am Montag mit der Verurteilung des Kaufmanns Dr. Bruno Tesch und seines Prokuristen Karl Weinbacher zum Tode durch Erhängen. Der dritte Angeklagte, der Technische Direktor Dr. Joachim Drosihn, wurde freigesprochen.

Nürnberger Prozeß

Die Verteidigung hat das Wort

Nürnberg, 11. März. (DANA) In der Freitagvormittagsitzung des Nürnberger Prozesses begann die Verteidigung mit der Vorlage ihrer Beweisführung. Als erster Anwalt wird Dr. Otto Stahmer, der Verteidiger des Angeklagten Göring, die gegen seinen Mandanten erhobenen Anschuldigungen zu entkräften suchen.

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte der Verteidiger zwei Zusatzanträge zur Vorladung von Zeugen. Major Buechs, der sich gegenwärtig in Nürnberg befindet, soll bezeugen, daß Göring wiederholt gegen Hitlers Maßnahmen des Lynchjustiz an alliierten Fliegern protestierte, während Angehörige des 537. Pioneer-Battalions, unter ihnen der Regimentskommandeur Oberleutnant Ahrens, bestätigen sollen, daß die von der russischen Anklage erhobenen Beschuldigungen über die Messerschmitts im Wald von Katyn richtig seien. Das Gericht behält sich die Entscheidung über diese Anträge vor.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung und des Angeklagten Görings führte Dr. Stahmer sodann den früheren persönlichen Adjutanten von Hermann Göring, den General der Flieger Karl Heinrich Bodenschatz vor.

Bodenschatz sagte aus, daß Göring, „seiner ganzen inneren Einstellung und Wesensart entsprechend“, nie für den Krieg gewesen sei. Er habe auch seit dem Frühjahr 1943, als die Großangriffe der englischen Luftwaffe gegen Deutschland begannen, keinerlei Einfluß mehr auf den „Führer“ gehabt.

Der Zeuge kennt Göring bereits seit dem Jahr 1918, als beide dem Jagdgeschwader „Richthofen“ angehörten. In der Zeit von Ende des ersten Weltkrieges bis zur „Machtergreifung“ der Nazis sah der Zeuge den Angeklagten des öfteren in Nürnberg, wo Bodenschatz Kompaniechef eines Infanterie-Regiments war und Göring ihn „zur Pflege kameradschaftlichen Beisammensins“ besuchte. Im Jahre 1933 wurde Bodenschatz dann Adjutant von Göring und war von da an fast ständig mit ihm zusammen.

Auf die Frage des Verteidigers von Göring, Dr. Stahmer, was der Zeuge über die Verhaftung Görings wisse, antwortete Bodenschatz, daß er nicht dabei gewesen sei. Man habe ihm aber erzählt, Göring hätte im Frühjahr 1945 an den „Führer“ (wie Bodenschatz Hitler immer noch be-

Gegen die Lebensmittelkrise

Washington, 11. März. (DANA) Die riesigen Anstrengungen der Vereinigten Staaten, dem Lebensmittelmangel in der Welt zu begegnen, umriß der amerikanische Landwirtschaftsminister Clinton P. Anderson auf einer Konferenz von 38 Vertretern der Lebensmittel-Industrie der USA.

Die Vorschläge, die dem Hungersnotkomitee vorgelegt werden sollen, sehen die Lieferung von monatlich 1 Million Tonnen Weizen im ersten halben Jahre 1946 vor. Insgesamt werden 20,5 Millionen Tonnen für den Export gebraucht, während nur 11 1/2 bis 12 1/2 Millionen Tonnen von den Weizen-Überschußländern zu erwarten sind. U. a. ist der Weizenverbrauch in den Vereinigten Staaten 30 Prozent höher als geschätzt wurde.

Vor dem Banken- und Währungs-Komitee des Repräsentantenhauses verlangte Anderson die Sicherstellung einer Weizenproduktion, die sowohl den überseeischen als den heimischen Bedarf deckt. Durch Verhinderung der Verschwendung von Nahrungsmitteln und Maßnahmen zur Konservierung von Lebensmitteln würden die Vereinigten Staaten imstande sein, den Ernährungsschwierigkeiten zu begegnen und außerdem das amerikanische Volk mit 10 Prozent mehr Nahrungsmitteln zu versehen als im vergangenen Jahr.

Ernährungskonferenz

London, 11. März. (AP) Die Wirtschaftsminister fast aller europäischen Länder werden am 3. April zu einer Konferenz in London zusammentreffen, auf der Maßnahmen zur Verhütung einer Hungersnot in Europa erörtert werden können. Die Gemüsezuteilungen seien ebenfalls sehr mangelhaft. Die Verschärfung der Ernährungslage, die auf das Eintreffen der Flüchtlinge in der amerikanischen Zone und auf die zusätzliche Versorgung des amerikanischen Sektors Berlins zurückzuführen sei, habe eine Herabsetzung der Brotration für die 87. Zuteilungsperiode erforderlich gemacht. Die Verringerung auf 9600 Gramm sei jedoch tragbar, zurzeit ein Ausgleich durch Ausgabe von importierten Hülsenfrüchten beabsichtigt sei.

Die Versorgungslage in Nord-Württemberg

Infolge der ungeklärten Währungsfrage ist, einer Stuttgarter DANA-Meldung zufolge, eine allgemeine Zurückhaltung bei Verkäufen von Vieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten zu beobachten, so daß die Lage auf dem Fleischmarkt schwierig geworden ist und in einigen Fällen Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten, stellt der Pressereferent des württembergisch-badischen Staatsministeriums in einer Verlautbarung fest.

Die Milch- und Fettversorgung sei ausreichend. Das aus Amerika eintrafende Magermilchpulver soll daher in erster Linie in den Großstädten ausgeben werden, damit man die dort festgesetzten Rationen an entrahmter Frischmilch einhalten könne. Der Bericht sagt weiter, daß eine ausreichende Kartoffelversorgung ohne erhebliche Zufuhren aus Bayern und ohne die von den Vereinigten Staaten zugesagten Trockenkartoffeln nicht möglich sei.

Die angekündigte Zuckerration von einem Kilogramm pro Kopf bis zum November 1946 werde ohne Einfuhren aus anderen Besatzungszone nicht erhöht werden können. Die Gemüsezuteilungen seien ebenfalls sehr mangelhaft. Die Verschärfung der Ernährungslage, die auf das Eintreffen der Flüchtlinge in der amerikanischen Zone und auf die zusätzliche Versorgung des amerikanischen Sektors Berlins zurückzuführen sei, habe eine Herabsetzung der Brotration für die 87. Zuteilungsperiode erforderlich gemacht. Die Verringerung auf 9600 Gramm sei jedoch tragbar, zurzeit ein Ausgleich durch Ausgabe von importierten Hülsenfrüchten beabsichtigt sei.

Deutschlands Ernährungslage

London, 11. März. (DANA) Der Leiter des britischen Kontrollamtes für Deutschland und Oesterreich, Staatsminister Hyde, erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage über die Ernährungslage in Deutschland, daß eine zusätzliche Weizenmenge von 1 1/2 Millionen Tonnen nötig gewesen wäre, um die bisherigen Rationen in der britischen Besatzungszone Deutschlands aufrechtzuerhalten. Eine Einfuhr in dieser Höhe sei aber nicht möglich gewesen. Der Minister fügte hinzu, daß die Verteilung der Weltweizenvorräte jetzt auf dem internationalen Lebensmittelmarkt in Washington besprochen würde. Vor Abschluß dieser Besprechungen könne er aber nicht sagen, ob unter Umständen weitere Herabsetzungen der Lebensmittelrationen in der britischen Zone notwendig seien.

Das britische Hauptquartier gab, wie die DANA meldet, bekannt, daß 11 500 t Frischgemüse in die Industriegebiete der britischen Besatzungszone gebracht werden. Drei Schiffsladungen seien bereits unterwegs, weitere 7000 t Gemüse werden auf Grund von Vereinbarungen mit den Besatzungsbehörden aus Holland geschickt.

Sehr richtig I

Coburg, 11. März. (DANA) Die „Neue Presse“ veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt: „Die Brandstiftung im Reichstag war das erste große Kardinalverbrechen der Nazis. Es wäre logisch und nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem Teil des deutschen Volkes, der gegen den Faschismus einen so schweren und opfervollen Kampf geführt hat, wenn dieser Göring in Nürnberg ausdrücklich auch wegen seiner Brandstiftung von deutschen Anklägern und im Namen des deutschen Volkes gerichtet würde. In Leipzig hat seinerzeit nur der erste, der braune Teil des Reichstagsbrandprozesses stattgefunden. In Nürnberg sollte eine demokratische Weltjustiz den echten Schlußpunkt setzen.“

England protestiert in Moskau

London, 11. März. (DANA) Der britische Geschäftsträger in Moskau, Frank Roberts, ist laut BBC angewiesen worden, der Sowjetregierung eine Note der englischen Regierung auszuhandigen, in der gegen die Beschlagnahme industrieller Einrichtungen in der Mandschurei Protest erhoben wird.

Ferner hat Roberts Anweisung erhalten, bei der Sowjetregierung auf Beantwortung einer früheren englischen Note zu drängen. In dieser Note war um Auskunft ersucht worden, warum die Rote Armee den Iran nicht wie vorgesehen, am 2. März geräumt hat.

Amerikanische Militärregierung Sitzverlegung nach Berlin

Frankfurt, 11. März. (DANA) Das Amt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland (Omgu) mit dem Sitz in Berlin wird ab 1. April die Funktionen des Amtes der Militärregierung für die amerikanische Zone übernehmen, gab das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa bekannt. Gleichzeitig werden die Leiter der amerikanischen Militärregierungen für Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden dem Chef des Amtes der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, General Lucius D. Clay unmittelbar unterstellt.

Aus aller Welt

Washington, in einer Note an die sowjetische Regierung fordern die USA, die Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus dem Iran.

Washington, Präsident Truman erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die USA, es nicht zulassen werden, daß die Vereinten Nationen in ihrer Arbeit scheitern. Er glaube auch nicht, daß Rußland eigene Wege gehen werde.

Richmond (Virginia), in einer Rede vor dem Parlament Virginias trat Churchill erneut für ein englisch-amerikanisches Bündnis ein, „nicht zum Schaden anderer, sondern zur Verteidigung unserer Ideale“.

London, Mit 90 von insgesamt 124 Sitzen errang die englische Arbeiterpartei in den Londoner Stadtwahlen in 56 Bezirken die Mehrheit.

London, Die deutsche Handelsflotte soll zu gleichen Teilen unter die alliierten Mächte Großbritannien, USA, und UdSSR verteilt werden. 200 000 t Frachtschiffraum verbleiben Deutschland für seine Friedenswirtschaft.

Paris, „Wenn Franco nicht freiwillig geht, muß er mit Gewalt entfernt werden“, erklärte der Ministerpräsident der republikanischen Exilregierung Spaniens, Jose Giral.

Paris, Sowjetrußland hat dem französischen Vorschlag, die spanische Frage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen, zugestimmt.

Triest, Die alliierte Viermächtekommission in Triest hat ihre Vorbereitungen zur Untersuchung des italienisch-jugoslawischen Grenzproblems beendet, meldet BBC. Die Kommission beschloß, keine öffentliche Erklärung abzugeben, solange die Untersuchung andauert.

Sofia, Das bulgarische Parlament billigte, wie Reuter meldet, ein Gesetz zur Beschlagnahme allen Eigentums, das seit Januar 1935 durch Spekulation oder mit ungesetzlichen Mitteln erworben wurde.

Helsinki, (AP) Juho Paasikivi, der neue Präsident Finnlands, leistete vor dem finnischen Parlament und Vertretern des diplomatischen Korps den Amtseid.

Tschungking, (AP) 4 Millionen Menschen hungern in der Provinz Hunan, und 90 000 Einwohner der Stadt Hengyang sind in den letzten drei Monaten den Entbehrungen zum Opfer gefallen, heißt es in amtlichen chinesischen Mitteilungen.

Buenos-Aires, Die von dem Präsidentschaftskandidaten Oberst Peron geleitete argentinische Arbeiterpartei richtete in einer Entschließung scharfe Angriffe gegen das Franco-Regime.

Letzte Neuigkeiten

London, 12. März. (INS) Churchills Rede in Fulton wird zu einer Debatte im britischen Unterhaus führen, nachdem 26 Parlamentsmitglieder eine solche öffentliche Aussprache verlangt haben. Die Abgeordneten erklärten, daß die Vorschläge Churchills die guten Beziehungen zwischen Großbritannien, Amerika und Sowjetrußland beeinträchtigen.

Moskau, 12. März. (DANA) Das Organ der kommunistischen Partei Sowjetrußlands „Pravda“ richtete scharfe Angriffe gegen Churchill wegen seiner in Fulton gehaltenen Rede. Das von Churchill vorgeschlagene britisch-amerikanische Militärbündnis richte sich gegen die Sowjetunion, „welche die Hauptlast des Krieges auf sich nahm und die entscheidende Rolle bei der Besiegung Deutschlands spielte“. Churchill zerstöre mit einem solchen Vorschlag die von ihm selbst während des Krieges geschaffene Koalition der „Großen Drei“.

London, 12. März. (AP) Mehrere tausend Personen demonstrieren am 10. d. M. in den Hauptstraßen von London, wobei sie „Nieder mit Franco!“ riefen. Eine Delegation händigte dem spanischen Botschafter eine Resolution aus, in der „das Ende von Francos Terrorpolitik“ gefordert wird.



Die Angeklagten besprechen sich mit ihren Verteidigern

Der falsche Weg

Von Walter Schwerdtfeger

Drei prägnante Erklärungen liegen uns vor. Zu dem Berliner Beschluß, eine Vereinigung von KPD und SPD herbeizuführen, sagte der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, am 2. d. Mts. unter anderem, den Kommunisten falle die große Aufgabe zu, gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik und der Kultur die Initiative zu ergreifen und eine völlige innere Verschmelzung herbeizuführen. Die Sozialistische Einheitspartei müsse zur Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Dr. Kurt Schumacher, der in Berlin erneut entschieden gegen die Fusion auftrat, betonte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands habe praktisch aufgehört zu existieren und die Bildung einer unabhängigen illegalen SPD im östlichen Gebiet sei nicht ausgeschlossen. Der Vorsitzende des Zentralkomitees der SPD in Berlin, Otto Grotewohl, schließlich opponierte gegen Dr. Schumacher, der prophezeie und seine Auffassung auf die Zustände vor 1933 gründe. Beide Kontrahenten der geplanten Einheitspartei hätten ausdrücklich erklärt, daß die neue Partei eine deutsche Politik mit deutschen Methoden unter Berücksichtigung der deutschen Interessen durchführen werde. Eine etwas seltsame Formulierung. Kann man sich auch eine deutsche Politik ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen vorstellen?

Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede. Dr. Schumacher, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck sind zu Wort gekommen. „Wer da recht hat, weiß ich nicht“, mag mancher zu denken versucht sein, weil auf den ersten Blick jeder recht zu haben scheint. Wer es wirklich hat, ist unklar zu entscheiden.

Auf die Verhältnisse vor 1933 und namentlich auf die Situation kurz vor dem 30. Januar 1933 nochmals einzugehen, unterlassen wir. Es haben sich in größerem oder in kleinerem Maße, alle der damaligen Parteien einiges vorzuwerfen. Gehen wir davon aus, daß SPD und KPD bei manchem Trennendes vieles Verbindende haben. Darum ist der Zwiß zwischen ihnen tief bedauerlich. Umso mehr dann, wenn man ein Mißtrauen da, gegen für unangebracht halten will, daß es auch der KPD mit einer deutschen Interessen dienenden Politik mit deutschen Methoden ernst sei. Was jetzt in Schönberg im Monat März geschah, erweckt in Politik und Methode allerdings alles andere als den Eindruck deutscher Politik mit deutschen Methoden. Ganz im Gegenteil. (Vgl. „Verschwörung zerschlagen“ an anderer Stelle.) Selbst aber, wenn man im Lager der KPD in ihr und der SPD zuzugewandene Zwillinge sehen will, wird man dort doch nicht verlangen dürfen, daß sie sich im Tun und Lassen absolut gleich zu verhalten hätten. Dies Erkennen des Unterschiedes zwischen beiden Parteien dokumentiert sich in der Entscheidung der Wähler. Die große Mehrzahl der Arbeiterschaft steht wie das Kräfteverhältnis beider Parteien beweist, nicht hinter der KPD, sondern der SPD. Wobei, was die westliche Zone anbelangt, auch der geringste Verdacht eines etwaigen mehr oder weniger sanften Druckes auf die Wähler hinfallig ist. Wäre bei der Wählerschaft das Verlangen nach der Sozialistischen Einheitspartei vorhanden oder gar brennend, so hätte sich das in den Wahlresultaten ausgedrückt. Da es nicht geschah, erhebt sich die Frage: Warum die Verschmelzung?

Die SPD in den drei westlichen Besetzungszonen Deutschlands steht, sieht man von unwesentlichen Ausnahmen ab, geschlossen hinter Dr. Kurt Schumacher. Die Berliner Parteilung kann sich auf eine gleiche oder ähnliche Einmütigkeit der „östlichen“ SPD nicht nur nicht berufen, sondern sie handelt vielmehr gegen den Willen der Großberliner Mitglieder. Die Tagung im Berliner Admiralspalast zeigte, daß von 1500 Funktionären nicht weniger als 1450 sich gegen die Verschmelzung erklärten. Die Durchführung des Vereinigungsbeschlusses ist auf starke Schwierigkeiten gestoßen. Dr. Schumachers als Prophezeiung ironisierte Voraussage hat sich damit bestätigt. Die Forderung nach einer Urabstimmung ist erhoben worden. Trotz der Widerstände hat man damit zu rechnen, daß die Vereinigung der SPD und KPD in der östlichen Zone Tatsache werden wird. Mit dem Ergebnis, daß es dann praktisch keine Sozialdemokratische Partei Deutschlands mehr, sondern nur eine „westliche“ Sozialdemokratische Partei mit der Tradition der deutschen Sozialdemokratie, eine „östliche“ Sozialistische Einheitspartei unter kommunistischer Führung und voraussichtlich eine illegale Sozialdemokratische Partei in der östlichen Zone geben wird. Ein Resultat, das keine Stärkung, sondern das Gegenteil bedeutet. Die so zustande kommende Sozialistische Einheitspartei, die keine ist, kann — im Gegensatz zu Wilhelm Piecks Worten — niemals die Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Diese Aufgabe würde nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erfüllen können, die einem einheitlichen Beschluß ihr Entstehen verdankt.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Vorwurf der Abhängigkeit gegen die KPD und das aus ihm resultierende Mißtrauen berechtigt sind. Die Tatsache des Bestehens dieses Mißtrauens aber kann von der KPD nicht bestritten werden. Wäre es nicht besser und dem Gedanken einer Sozialistischen Einheitspartei diehlicher gewesen, die KPD hätte bewiesen — durch eine längere Zeit geführte, den deutschen Interessen dienende Politik mit deutschen Methoden —, daß Mißtrauen ihr gegenüber nicht am Platze ist? Warum das Drängen nach einer Verschmelzung, die nur aus einer gesunden, fruchtbaren Opposition einschließlich der Entwicklung einer Zusammenarbeit beider Parteien hätte resultieren können. Ein Drängen, das einen Zwiß schuf zwischen zwei Parteien, die sich ergänzen sollten in ihrer Wachsamkeit und in ihrem Ringen um die Durchsetzung des neuen demokratischen Deutschlands. Das wäre der ein-

partei, die keine ist, kann — im Gegensatz zu Wilhelm Piecks Worten — niemals die Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Diese Aufgabe würde nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erfüllen können, die einem einheitlichen Beschluß ihr Entstehen verdankt. Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Vorwurf der Abhängigkeit gegen die KPD und das aus ihm resultierende Mißtrauen berechtigt sind. Die Tatsache des Bestehens dieses Mißtrauens aber kann von der KPD nicht bestritten werden. Wäre es nicht besser und dem Gedanken einer Sozialistischen Einheitspartei diehlicher gewesen, die KPD hätte bewiesen — durch eine längere Zeit geführte, den deutschen Interessen dienende Politik mit deutschen Methoden —, daß Mißtrauen ihr gegenüber nicht am Platze ist? Warum das Drängen nach einer Verschmelzung, die nur aus einer gesunden, fruchtbaren Opposition einschließlich der Entwicklung einer Zusammenarbeit beider Parteien hätte resultieren können. Ein Drängen, das einen Zwiß schuf zwischen zwei Parteien, die sich ergänzen sollten in ihrer Wachsamkeit und in ihrem Ringen um die Durchsetzung des neuen demokratischen Deutschlands. Das wäre der ein-

Verschwörung zerschlagen

12 Berliner KPD-Mitglieder verhaftet

Berlin, 11. März. (DANA) Mit der Verhaftung von 12 Deutschen hat die amerikanische Militärregierung eine sorgfältig geplante Verschwörung, die sich die Macht ergreifung in der Verwaltung des Bezirks Schönberg, zum Ziel gesetzt hatte, zerschlagen.

„Die Verschwörer“, sagte Generalmajor R. W. Barker, kommandierender General des Berliner Distrikts, „wurden sich vor einem Militärgericht wegen Einmischung in die Angelegenheiten der Zivilverwaltung und wegen versuchter Einschüchterung von Beamten zu verantworten haben.“

12 Deutsche, die mit einer Ausnahme im öffentlichen Dienst der Stadt Berlin standen, versuchten, durch Einschüchterung von Beamten und unter Vorschub der kommunistischen Partei die Anordnungen der amerikanischen Militärregierung zu umgehen und die Verwaltung des großen Berliner Bezirks Schönberg zu kontrollieren.

Der Anführer der Verhafteten, die alle Mitglieder der kommunistischen Partei sind, KPD-Bezirksleiter Gerhard Jurke, hatte die Mitglieder der kommunistischen Partei in Beamtenstellungen aufgefordert, sich der Schlüsselstellungen in der Schönberger Stadtverwaltung zu bemächtigen. Außerdem richtete er an den Personalchef der Schönberger Stadtverwaltung Wilhelm Kammeier und an den Bürgermeister sowie zahlreiche andere Beamte die Aufforderung, keine persönlichen oder politischen Entscheidungen ohne vorherige Genehmigung der kommunistischen Partei zu treffen.

Wilhelm Kammeier, der nicht nur die Befehle empfing, sondern auch in die Verschwörung weitgehend verwickelt war, wurde ebenfalls verhaftet. Die Namen der 10 anderen Verhafteten werden bis zur endgültigen

Durchführung der Untersuchung geheimerhalten.

Oberst F. L. Howley von der amerikanischen Militärregierung in Berlin nahm zu diesem Vorfall Stellung und wies darauf hin, daß es sich dabei nicht um einen Angriff auf die kommunistische Partei gehandelt habe. Er sagte, dies ist das erste Anzeichen, daß eine kleine Minderheit nach betrübtigstem Vorbild verhandelt. Die Berliner Bevölkerung ihren Willen aufzudrücken, die Militärregierung zu umgehen und die demokratischen Ziele zu vereiteln.

„Bis das deutsche Volk sich seine Regierungsform gewählt hat“, erklärte General Howley abschließend, „besteht die Gefahr, daß eine kleine Gruppe die neuerrungene Freiheit auszunutzen und die Macht zu ergreifen versucht. Die Militärregierung wird jedoch darauf achten, daß dies nicht geschieht.“

Labour-Party an die SPD

London, 11. März (DANA)

Die britische Labour-Party hat laut Reuter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgende Botschaft übermittelt:

Die britische Labour-Party verfolgt mit Anteilnahme und Befriedigung die erfolgreichen Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das deutsche Volk nach der seelischen Zerrüttung durch den Nationalismus in demokratischem Geist neu zu erziehen. Sie betrachtet die Existenz einer starken demokratischen und zugleich sozialistischen Partei in Deutschland als wesentlichen Faktor für die Wiederherstellung Europas. Nur das Vorhandensein einer solchen Partei macht es den deutschen Arbeitern möglich, am Aufbau einer freien und gerechten Lebensweise teilzunehmen.

„Mit anderen Worten“, sagte Jackson, „die Gestapo entließ Häftlinge auf Anweisung Görings.“

„Auf die Frage Jacksons, ob er in der Lage gewesen sei, festzustellen, daß Juden ohne Grund verhaftet wurden, berichtete Bodenschatz von der Familie Ballin aus München, die im November 1923 Göring aufnahm und pflegte, als er beim „Marsch auf die Feldherrnhalle“ schwer verwundet worden war.“

Als Bodenschatz auf Befragen behauptete, er habe nicht gewußt, wie die Menschen in den KZ's behandelt wurden, rief Jackson aus: „Sie waren Adjutanten des zweitwichtigsten Mannes in Deutschland und fragten nie, was in den KZ's vorging?“

Auf die Frage Jacksons, ob der Zeuge wisse, daß Himmler Görings Mitarbeiter war und daß Kaltenbrunner seine Stellung Göring verdanke, erwiderte der Zeuge, daß er auch hierüber keine Auskunft geben könne. Weiter wurde der Zeuge über die Vorbereitungen der Luftwaffe zum Überfall auf Polen befragt. Bodenschatz erklärte, daß die deutsche Luftwaffe zu Beginn des Potentienkrieges in keiner Weise „auf der Höhe gewesen sei“.

Göring litt sehr unter der Entfremdung, die in den letzten zwei Jahren zwischen ihm und Hitler bestand, erklärte Bodenschatz in der Nachmittagsitzung. Auf die Frage des amerikanischen Anklägers mußte er jedoch zugeben, daß die Spannung im Jahre 1943 noch nicht merklich war und daß Göring regelmäßig bei Besprechungen des Oberkommandos oder ähnlicher Konferenzen, wenn Hitler gesprochen hatte, in einem Schlußwort eine „Treusicherung“ im eigenen und im Namen der anwesenden Offiziere abgab und betonte, er werde den Willen des Führers erfüllen.

Der Aufbau der deutschen Luftwaffe begann bereits im Jahre 1933, erklärte Bodenschatz auf eine weitere Frage.

Nürnberger Prozeß

Fortsetzung von Seite 2

haupte Bodenschatz und betonte, Göring hätte ihn dabei unterstützt.

Im Führerhauptquartier sei nie über KZ's und Judenverachtung gesprochen worden, und der Zeuge will von der großen Anzahl der KZ's erst jetzt in der Kriegesangenschaft gehört haben. (I) Über die Judenverfolgungen will er erst Mitte März 1945 erfahren haben, als Göring zu ihm sagte: „Es sind bestimmt sehr viele Juden umgekommen, und das wird uns sehr teuer zu stehen kommen.“

Hierauf stellte der Verteidiger des OKW und des Generalstabes Dr. Latenser die Frage, ob der Zeuge auch bei Lagebesprechungen mit Frontbefehlshabern anwesend gewesen wäre.

Bodenschatz verneinte dies und erklärte, er habe nur „davon gehört“, daß durch die Übergabe des Feldmarschalls Paulus in Stalingrad Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und einigen Armeekommandeuren entstanden seien.

Im darauf folgenden Kreuzverhör durch den amerikanischen Hauptankläger Robert Jackson gestand Bodenschatz, er selbst könne sich nicht genau entsinnen, ob Dahlerus bei der Besprechung in der Nähe von Husum im August 1939 anwesend gewesen sei. Diese Tatsache sei ihm vom Verteidiger Görings mitgeteilt worden.

Göring konnte der Gestapo befehlen, Häftlinge zu entlassen, ergab sich aus einer Antwort des Zeugen auf die Frage des amerikanischen Anklagevertreters. Der Zeuge berichtete den Fall eines jüdischen Kriegs Kameraden von „Geschwader Richthofen“, der verhaftet worden war, weil man ihn in Begleitung einer „Arterien“ angetroffen hatte. Auf seinen Rat, so erklärte der Zeuge, hätte Göring die Entlassung dieses Mannes aus der Gestapo-Haft veranlaßt. Bodenschatz sagte immer über andere Fälle aus, in denen er

erfolgreich für Personen, die von der Gestapo verhaftet worden waren, intervenierte.

„Mit anderen Worten“, sagte Jackson, „die Gestapo entließ Häftlinge auf Anweisung Görings.“

„Auf die Frage Jacksons, ob er in der Lage gewesen sei, festzustellen, daß Juden ohne Grund verhaftet wurden, berichtete Bodenschatz von der Familie Ballin aus München, die im November 1923 Göring aufnahm und pflegte, als er beim „Marsch auf die Feldherrnhalle“ schwer verwundet worden war.“

Als Bodenschatz auf Befragen behauptete, er habe nicht gewußt, wie die Menschen in den KZ's behandelt wurden, rief Jackson aus: „Sie waren Adjutanten des zweitwichtigsten Mannes in Deutschland und fragten nie, was in den KZ's vorging?“

Auf die Frage Jacksons, ob der Zeuge wisse, daß Himmler Görings Mitarbeiter war und daß Kaltenbrunner seine Stellung Göring verdanke, erwiderte der Zeuge, daß er auch hierüber keine Auskunft geben könne. Weiter wurde der Zeuge über die Vorbereitungen der Luftwaffe zum Überfall auf Polen befragt. Bodenschatz erklärte, daß die deutsche Luftwaffe zu Beginn des Potentienkrieges in keiner Weise „auf der Höhe gewesen sei“.

Göring litt sehr unter der Entfremdung, die in den letzten zwei Jahren zwischen ihm und Hitler bestand, erklärte Bodenschatz in der Nachmittagsitzung. Auf die Frage des amerikanischen Anklägers mußte er jedoch zugeben, daß die Spannung im Jahre 1943 noch nicht merklich war und daß Göring regelmäßig bei Besprechungen des Oberkommandos oder ähnlicher Konferenzen, wenn Hitler gesprochen hatte, in einem Schlußwort eine „Treusicherung“ im eigenen und im Namen der anwesenden Offiziere abgab und betonte, er werde den Willen des Führers erfüllen.

Der Aufbau der deutschen Luftwaffe begann bereits im Jahre 1933, erklärte Bodenschatz auf eine weitere Frage.

Überprüfung verhafteter Nazis

Frankfurt, 11. März. (DANA) Das amerikanische Hauptquartier hat eine Verfügung herausgegeben, nach der bestimmte Gruppen von Personen von der aus Grund eines früheren Befehls erlassenen automatischen Festnahme ausgeschlossen werden.

Von dieser Bestimmung werden betroffen:

I. Angehörige des deutschen Geheimdienstes, die nicht unter die unten aufgeführte Kategorie der weiter automatisch Inhaftierten fallen.

II. Beamte und Offiziere der Kriminalpolizei bis einschließlich Oberst.

III. Höhere Polizeibeamte.

IV. Staatsbeamte, ausschließlich der Mitglieder des Reichskabinetts.

Da diese Organisationen nicht auf der Anklageliste stehen und auch nicht in der Anklageliste der verbrecherischen Organisationen des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg enthalten sind, gerieten diese vier Personengruppen nach der neuen Verfügung nicht mehr zu den automatisch Inhaftierten. Auf Grund einer ähnlichen Erklärung bedeutet diese Verfügung keine sofortige Haftentlassung der genannten Personen, sondern bildet die Grundlage für die erneute Überprüfung jedes Einzelfalles.

Folgende Gruppen von Personen unterliegen weiterhin einer automatischen Festnahme:

I. Die Gestapo und der SD

a) das Personal der Geheimen Staatspolizei;

b) das Personal des Reichssicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD).

Zu den unter a) und b) angeführten Personal gehören alle in den Hauptquartieren und deren Unterabteilungen, Büros und Zweigstellen, Außenstationen und allen Organisationen, die der Gestapo oder dem SD angegeschlossen waren, ehemaligen Stenotypisten, Dolmetscher, Chauffeurs, Putzfrauen, Vertrauensleute, Kleinere Spitzel, die ohne Bezahlung gearbeitet haben, und ähnliche Angestellte.

II. Militärische Organisationen.

a) Waffen-SS: Alle Offiziere und Unteroffiziere von den oberen Rängen bis einschließlich Schürführer, alle Angehörigen der Totenkopfverbände, alle SS-Helferinnen oder SS-Kriegshelferinnen.

b) Allgemeine SS: Alle Offiziere und Unteroffiziere von den oberen Rängen bis einschließlich Schürführer und alle SS-Helferinnen oder SS-Kriegshelferinnen.

c) SA (Sturmabteilungen): Alle Führer der SA einschließlich Sturmabteilungsleiter.

III. Das Führungskorps der NSDAP:

a) Verwaltungsbeamte der Partei herab bis zu den Kreisamtsleitern einschließlich aller Ortsgruppenleiter.

b) Alle Parteiführer herab bis zu den Obergemeinschaftsleitern einschließlich.

IV. Die Reichsregierung.

Die Reichsregierung einschließlich der Personen, die zu irgendeiner Zeit seit dem 30. Januar 1933 folgende Posten innehatten:

1. Reichsminister mit oder ohne Portfeuille, Chef der Abteilungen oder Ministerien der Reichsregierung, Staatsminister, die die Funktion eines Reichministers ausgeübt haben, und Beamte, die berechtigt waren, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen.

2. Mitglieder des Ministerrates für die Reichsverteidigung.

3. Mitglieder des Geheimen Kabinettsrates.

5. Mitglieder des Generalstabes und des OKW.

a) Alle Personen, die in der Zeit von Februar 1938 bis Mai 1945 folgende Stellungen eingenommen haben:

1. Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.

2. Chef der Seekriegsleitung und Chef des Stabes der Seekriegsleitung.

3. Oberbefehlshaber des Heeres.

4. Chef des Generalstabes des Heeres.

5. Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

6. Chef des Generalstabes der Luftwaffe.

7. Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

8. Chef des Führungsstabes des Oberkommandos der Wehrmacht.

9. Stellvertretender Chef des Führungsstabes des Oberkommandos der Wehrmacht, Kriegsminister, Heer und Luftwaffe.

b) Alle Personen, die zu irgendeiner Zeit Generalstabsoffiziere des Heeres oder der Luftwaffe waren.

Das freie Wort

Herr Franz Brand, Karlsruhe, Busardweg 35a, schreibt: „Für den aufmerksamen Beobachter ist das Bestreben zur Verschmelzung der SPD und KPD allmählich zur allgemeinen Debatte geworden. Wenn auch die Interessen beider Parteien sich sehr verwandtschaftlich vorkommen mögen, so finde ich beide doch wesentlich wirkungsvoller in ihrer alten Opposition gegeneinander. Die Ex-Nazipartei zeigte uns ja zu Genüge, wie notwendig Opposition überhaupt war, denn ihre Existenz allein hätte schon genügt, bei den Machthabern keine allzu großen Fehler aufkommen zu lassen. Ich stelle mir nicht zu bekämpfen brauchen, in ihrer Wachsamkeit gegeneinander Erspürlicheres leisten werden, als in ihrem Zusammenschluß.“

Herr Otto Weber, Karlsruhe, Brämsstraße 9, schreibt:

„In dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht unter „o) Sonstige Personengruppen“ Teil B — Gruppe derjenigen Personen, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sind usw. 5. Mitglieder der NSDAP nach dem 1. Mai 1937, sowie alle Anwärter der NSDAP.“ Das ist dringend notwendig und deshalb zu begrüßen. Wenn man die Betroffenen hört, sind sie doch alle nur in die Partei, weil sie mußten, weil es nicht mehr anders ging, weil ihnen Nachteile entstanden wären usw., niemals aber, weil sie die Naziherrschaft für gut oder richtig gehalten haben oder gar, weil sie überzeugte Nazi waren. Nein, im Gegenteil, sie waren immer stille Gegner. Sie sind nur unter Druck Mitglied geworden. In allen Berufsgruppen war es so. Sie sind heute alle unschuldig. Ich kenne aber auch Leute — Beamte, Angestellte, Geschäftsleute und Arbeiter, die unter demselben Druck standen und nicht in die Partei sind, die vielmehr alle Nachteile auf sich genommen haben und treu zu ihrer Überzeugung standen. Vergessen wir nicht, daß auf jedem Aufnahmestempel stand: „Ich beantrage den Eintritt usw.“ Besonders diejenigen verdienen scharf die Lupe genommen zu werden, die in der Zeit von 1940—42 aufgenommen worden sind. Damals standen unsere Soldaten tief in fremden Ländern, damals war doch der Krieg „schon beinahe gewonnen“ und die Zeit des größten Sieges nicht mehr fern. Da mußte man sich doch befehlen, noch in die Partei rein zu kommen, koste es, was es wolle, damit man bei der Verteilung der Siegeslobrerene nicht zu kurz komme. Es waren die ganz Schaulen und mühten es heute wieder sein. Sie wissen genau, um was es geht. Mögen sie sich nicht täuschen.“

rede des Polizeiwesens. Die neue Polizei müsse in den Großstädten und größeren Landstädten auf kommunaler Basis aufgebaut werden. Eine Übertragung der Polizeigewalt auf den Staat würde besondere Maßnahmen erfordern, um die Schaffung eines größeren zentralen Polizeiwesens zu verhindern.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß sich der Neuaufbau der Polizei im großen einheitlich, im einzelnen jedoch mitunter sehr verschieden vollzieht.

Polizeipräsident Karl Weber, Stuttgart, wies darauf hin, daß es sich bei dieser ersten Zusammenkunft zunächst darum handele, die bisherigen Erfahrungen beim Neuaufbau der Polizei auf kommunaler Grundlage auszuwerten. Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett sprach in seiner Rede über den § 56 des neuen Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, der die weite Verantwortung für die Polizei mit sich bringe. Ein Vorschlag, alle 3 Monate Erhebungen auszusenden, wurde angenommen. Als nächster Tagungsort ist Frankfurt am Main vorgeschlagen.

Aus den Zonen

Amerikanische Zone

München. Wie das Pressamt der bayerischen Staatskanzlei mitteilt, wurden in Bayern drei Landräte durch den jeweils zuständigen Regierungspräsidenten aus ihrem Amt entlassen. Die Entlassenen sind: Dr. Hans Thiem von Landkreis Wolfratshausen (Reg.-Bez. Oberbayern), Landrat Dr. J. Heberich von Landkreis Rhoding, Reg.-Bez. Niederbayern-Oberpfalz und Landrat Herbert von Bismarck von Landkreis Lichtenfels (Reg.-Bez. Oberfranken). Die Entlassungen erfolgen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung.

Stuttgart. In 23 Orten des nordwestbayerischen Personverkehrs wurde am 1. März der Schnellverkehr eingeführt.

München. Die „Bayerische Jagerverordnung“ ist auf Anordnung der Militärregierung wegen politischer Betätigung und nicht demokratischer Haltung aufgelöst worden.

Hamburg. Dr. Schlang-Schöningen, früher Landwirtschaftsminister im Kabinett Brüning, wurde zum Leiter des deutschen Zentralrates für Ernährung in der britischen Zone ernannt.

Bochum. Tilman Beckers, der Kandidat der Christlich-DEMokratischen Union, wurde am 8. März von den Vertretern der Stadt Bochum zum Oberbürgermeister gewählt.

München-Gladbach. Die Freie Demokratische Partei ist als eine der vier großen Parteien über die gesamte britische Zone zugelassen worden.

Berlin

„Der stell. Stadtkämmerer von Berlin Willy Rumpf teilte einem DANA-Korrespondenten mit, daß Sowjettruppen deutsche Großbetriebe im russischen Sektor Berlins besetzt hätten.“

Niewieder Polizeistaat

Stuttgart, 11. März (DANA)

Wenn man den Polizeistaat nicht schon von vornherein aus ideologischen Gründen ablehne, so würden die schlimmen Erfahrungen in dieser Einrichtung allein schon dazu führen, den Polizeistaat zu verabschauen, erklärte der Rechtsreferent der Stadt Stuttgart, Rechtsanwalt Dr. Franz Karl Maier auf einer Arbeitstagung der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren aller Städte der amerikanischen Besetzungszonen. Die Teilnehmer an der Tagung waren sich darüber einig, daß der deutsche Polizeistaat für alle Zeiten verschwinden müsse.

Rechtsanwalt Dr. Maier erklärte weiter, daß kein anderer Zweig der öffentlichen Verwaltung, mit Ausnahme der Justiz, einer so umfassenden Neugestaltung bedürfte, wie ge-

Das freie Wort

Herr Franz Brand, Karlsruhe, Busardweg 35a, schreibt: „Für den aufmerksamen Beobachter ist das Bestreben zur Verschmelzung der SPD und KPD allmählich zur allgemeinen Debatte geworden. Wenn auch die Interessen beider Parteien sich sehr verwandtschaftlich vorkommen mögen, so finde ich beide doch wesentlich wirkungsvoller in ihrer alten Opposition gegeneinander. Die Ex-Nazipartei zeigte uns ja zu Genüge, wie notwendig Opposition überhaupt war, denn ihre Existenz allein hätte schon genügt, bei den Machthabern keine allzu großen Fehler aufkommen zu lassen. Ich stelle mir nicht zu bekämpfen brauchen, in ihrer Wachsamkeit gegeneinander Erspürlicheres leisten werden, als in ihrem Zusammenschluß.“

Herr Otto Weber, Karlsruhe, Brämsstraße 9, schreibt:

„In dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht unter „o) Sonstige Personengruppen“ Teil B — Gruppe derjenigen Personen, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sind usw. 5. Mitglieder der NSDAP nach dem 1. Mai 1937, sowie alle Anwärter der NSDAP.“ Das ist dringend notwendig und deshalb zu begrüßen. Wenn man die Betroffenen hört, sind sie doch alle nur in die Partei, weil sie mußten, weil es nicht mehr anders ging, weil ihnen Nachteile entstanden wären usw., niemals aber, weil sie die Naziherrschaft für gut oder richtig gehalten haben oder gar, weil sie überzeugte Nazi waren. Nein, im Gegenteil, sie waren immer stille Gegner. Sie sind nur unter Druck Mitglied geworden. In allen Berufsgruppen war es so. Sie sind heute alle unschuldig. Ich kenne aber auch Leute — Beamte, Angestellte, Geschäftsleute und Arbeiter, die unter demselben Druck standen und nicht in die Partei sind, die vielmehr alle Nachteile auf sich genommen haben und treu zu ihrer Überzeugung standen. Vergessen wir nicht, daß auf jedem Aufnahmestempel stand: „Ich beantrage den Eintritt usw.“ Besonders diejenigen verdienen scharf die Lupe genommen zu werden, die in der Zeit von 1940—42 aufgenommen worden sind. Damals standen unsere Soldaten tief in fremden Ländern, damals war doch der Krieg „schon beinahe gewonnen“ und die Zeit des größten Sieges nicht mehr fern. Da mußte man sich doch befehlen, noch in die Partei rein zu kommen, koste es, was es wolle, damit man bei der Verteilung der Siegeslobrerene nicht zu kurz komme. Es waren die ganz Schaulen und mühten es heute wieder sein. Sie wissen genau, um was es geht. Mögen sie sich nicht täuschen.“

rede des Polizeiwesens. Die neue Polizei müsse in den Großstädten und größeren Landstädten auf kommunaler Basis aufgebaut werden. Eine Übertragung der Polizeigewalt auf den Staat würde besondere Maßnahmen erfordern, um die Schaffung eines größeren zentralen Polizeiwesens zu verhindern.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß sich der Neuaufbau der Polizei im großen einheitlich, im einzelnen jedoch mitunter sehr verschieden vollzieht.

Polizeipräsident Karl Weber, Stuttgart, wies darauf hin, daß es sich bei dieser ersten Zusammenkunft zunächst darum handele, die bisherigen Erfahrungen beim Neuaufbau der Polizei auf kommunaler Grundlage auszuwerten. Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett sprach in seiner Rede über den § 56 des neuen Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, der die weite Verantwortung für die Polizei mit sich bringe. Ein Vorschlag, alle 3 Monate Erhebungen auszusenden, wurde angenommen. Als nächster Tagungsort ist Frankfurt am Main vorgeschlagen.

Aus den Zonen

Amerikanische Zone

München. Wie das Pressamt der bayerischen Staatskanzlei mitteilt, wurden in Bayern drei Landräte durch den jeweils zuständigen Regierungspräsidenten aus ihrem Amt entlassen. Die Entlassenen sind: Dr. Hans Thiem von Landkreis Wolfratshausen (Reg.-Bez. Oberbayern), Landrat Dr. J. Heberich von Landkreis Rhoding, Reg.-Bez. Niederbayern-Oberpfalz und Landrat Herbert von Bismarck von Landkreis Lichtenfels (Reg.-Bez. Oberfranken). Die Entlassungen erfolgen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung.

Stuttgart. In 23 Orten des nordwestbayerischen Personverkehrs wurde am 1. März der Schnellverkehr eingeführt.

München. Die „Bayerische Jagerverordnung“ ist auf Anordnung der Militärregierung wegen politischer Betätigung und nicht demokratischer Haltung aufgelöst worden.

Hamburg. Dr. Schlang-Schöningen, früher Landwirtschaftsminister im Kabinett Brüning, wurde zum Leiter des deutschen Zentralrates für Ernährung in der britischen Zone ernannt.

Bochum. Tilman Beckers, der Kandidat der Christlich-DEMokratischen Union, wurde am 8. März von den Vertretern der Stadt Bochum zum Oberbürgermeister gewählt.

München-Gladbach. Die Freie Demokratische Partei ist als eine der vier großen Parteien über die gesamte britische Zone zugelassen worden.

Berlin

„Der stell. Stadtkämmerer von Berlin Willy Rumpf teilte einem DANA-Korrespondenten mit, daß Sowjettruppen deutsche Großbetriebe im russischen Sektor Berlins besetzt hätten.“

Niewieder Polizeistaat

Stuttgart, 11. März (DANA)

Wenn man den Polizeistaat nicht schon von vornherein aus ideologischen Gründen ablehne, so würden die schlimmen Erfahrungen in dieser Einrichtung allein schon dazu führen, den Polizeistaat zu verabschauen, erklärte der Rechtsreferent der Stadt Stuttgart, Rechtsanwalt Dr. Franz Karl Maier auf einer Arbeitstagung der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren aller Städte der amerikanischen Besetzungszonen. Die Teilnehmer an der Tagung waren sich darüber einig, daß der deutsche Polizeistaat für alle Zeiten verschwinden müsse.

Rechtsanwalt Dr. Maier erklärte weiter, daß kein anderer Zweig der öffentlichen Verwaltung, mit Ausnahme der Justiz, einer so umfassenden Neugestaltung bedürfte, wie ge-

Karlsruher SPIEGEL

Der erste Maikäfer

Als uns der kleine Hanspeter Gramlich den ersten Vertreter von der Fakultät der Maikäfer auf den Redaktionsstisch stellte, versuchte ich sofort, die frühen Vorläufer der gefräßigen Scharen auszufragen. Ich öffnete ihm ein enges Gefängnis und ließ ihn herauspazieren. Leider ließ er sich nicht ausquetschen, schweigend und schaute zunächst prüfend nach allen Seiten.

Langsam krabbelte er an Kleisterkopf und Schere vorbei geraden Wegs auf die neueste Zeitung los. Politische Belastung schied bei ihm nicht vorzuziehen, denn er nahm keinerlei Notiz von den Münchener Vorgängen zur Entnazifizierung. In der spanischen Frage schüttelte er bei der Nennung Francos bedenklich den Kopf, wurde aber gleich wieder freundlich, als er sah, daß 2000 Kriegsgefangene aus Amerika heimkehren, Hastig stolperte der wunderliche Gesell über den Nürnberger Prozeß, nickte zustimmend über die kommende Befriedung und machte sich im Lokalen breit.

Stutzend stellte er die Fühlhörner bei der Kürzung der Brotration, senkte sie aber wieder bei der Zuteilung von amerikanischem Weizenmehl. Freundlich schmunzelnd beguckte er den Wiederaufbau der Stadt und blickte mitläufig auf die Tätigkeit der Karlsruher Notgemeinschaft. Brummig steuerte er über die neuen Steuergesetze, desinteressiert von Sport und Wirtschaft auf die Inseratenseite und blieb bei der Rubrik Transporte stehen. Das Richtige schien er nicht dabei zu finden. Er begann heftig mit seinem Kopf zu pumpen und war, ehe ich es verhindern konnte, durchs offene Fenster geflogen.

Ich sah ihm nach und dachte: „Brauner Gesell und dennoch unbefleckt, wieviele werden Dich beneiden!“ P. S.

Suchdienst für vermiste Kinder

Der Hitlerkrieg hat die ganze europäische Menschheit durcheinandergerührt und viele Familien auseinandergerissen, die sich heute nur schwer oder überhaupt nicht mehr zusammenbringen lassen. Ein besonderer hartes Los traf dabei die Kinder, die durch irgendwelche Ereignisse bei der Evakuierung von ihren Eltern wegkamen und nun als vermisst zu gelten haben. Zu den dankenswerten Bestrebungen, alles zu tun, um vermiste Kinder ihren Eltern wieder zuzuführen, gehört auch die von dem Landesdirektor des Innern angeordnete Errichtung eines Suchdienstes für vermiste Kinder bei der Vermittlungszentrale des Erkennungsdienstes Karlsruhe. Bei dieser Stelle sollen alle Kinder erfaßt werden, die sich z. Zt. in einer Stadt oder Gemeinde der Landesverwaltung Nordbaden befinden und über deren Eltern hinsichtlich ihres augenblicklichen Verbleibs nichts bekannt ist. Gleichfalls sollen alle Eltern, die über den Verbleib ihrer Kinder nicht unterrichtet sind, Suchmeldungen dorthin erstatten. Es ist deshalb angeordnet, daß der Vermittlungszentrale Karlsruhe sofort entsprechende Meldungen mit Lichtbild des vermissten oder elternlosen Kindes zu erstatten sind.

Verkaufszeiten unserer Geschäfte

Die Verkaufszeiten in den offenen Verkaufsstellen und Friseurgeschäften werden mit Wirkung vom 18. März 1945 neu geregelt. Die Lebensmittelgeschäfte haben von 8—13 Uhr und von 15—18 Uhr, sonstige Geschäfte von 8—12 Uhr und von 14—18 Uhr und Friseurgeschäfte von 8—12 Uhr und von 14—18 Uhr offenzuhalten. Bäcker-, Metzger- und Milchgeschäfte können ihre Verkaufsstellen schon um 7 Uhr öffnen. Mittwoch nachmittags ab 13 Uhr sind sämtliche Geschäfte geschlossen zu halten mit Ausnahme der Friseurgeschäfte, die die Schließung am Montagnachmittag ab 13 Uhr durchführen. Die Angeordneten sollen an dem freien Nachmittag ebenfalls von der Arbeit befreit sein. Ausnahmen können in dringenden Fällen bewilligt werden. In Orten mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung können die Verkaufszeiten vom 1. April bis 1. Oktober bis abends 20 Uhr verlängert werden. Laden- oder Friseurgeschäfte, die sich im Keller befinden oder infolge Verschaltung der Fenster nicht ausreichend Tageslicht haben, können auch an Sperrtagen die elektrische Beleuchtung benutzen, ist jedoch der Stromkreis abgeschaltet, so haben die Geschäfte auch an Sperrtagen geschlossen zu halten. Jedes Geschäft hat seine Offenhaltungszeiten im Schaufenster oder an der Ladentüre anzuschlagen. Durch geeignete Verkaufsmassnahmen soll das Ansehen der Käufer auf der Straße möglichst vermieden werden.

Brennholz-Abgabe.

Das Städt. Wirtschaftsamt Karlsruhe teilt mit, daß Anträge auf Brennholz — 2-Zentner-Aktion — ab sofort nur noch bei den Bezirksstellen einzureichen sind. Auf diese Weise können sich die Antragsteller den u. U. oft weiten Weg zum Wirtschaftsamt sparen. Vier Tage nach Einreichung des Antrags liegt der Bezugschein bei den Bezirksstellen zur Abholung bereit. Wer zwei Ster Holz bereits erhalten hat, kann nach Anordnung der Militärregierung vorläufig mit weiteren Zuteilungen nicht rechnen.

70. Geburtstag

Am 15. März der Korrektor Wilhelm Dittmann, Karlsruhe-Beiertheim, Breitestr. 18. Seit nahezu 50 Jahren in der „Badischen Presse“ tätig, tut er noch rüstig und unverdrossen seinen Dienst. Ein allezeit aufrechter Mann ist er im Buchdrucker- und in der Sozialdemokratischen Partei stets vorbildlich gewesen und hat sich auf allen ihm übertragenen Posten bestens bewährt. Auch alle Schicksalsschläge durch den Krieg, den Verlust des Heimes, haben ihm seinen goldenen Humor nicht rauben können, so daß ihm seine zahlreichen Freunde noch ein langes, ruhiges Leben wünschen.

Der Karlsruher Männerturnverein

versammelt am Samstag, 16. März, 18.30 Uhr im Saale des „Burghofs“ (Karl-Wilhelm-Str. 50, Straßenbahnhaltestelle Friedhof) seine Mitglieder und Interessenten, besonders die Jugend, zu einem Skiabend, verbunden mit Lichtbildern, Skifedern und Skihumor.

Verpflichtung eines Karlsruhers

Der Karlsruher Schauspieler Hubert Mischler wurde als Oberspielleiter für Schauspiel und Oper an das Theater in Aschaffenburg verpflichtet. Mischler, der zuletzt in München tätig war, lernte am Badischen Staatstheater die Bühnenbilderei, war hier auch auf der Akademie des Staatstheaters und führte des öfteren in Karlsruhe Schauspielleitung. Mit der Inszenierung von Katjews „Ein Strich geht durchs Zimmer“, konnte sich Mischler in Aschaffenburg erfolgreich einführen.

Lictpieltheater

Das KALI und das MT in Khe-Durlach zeigen bis einsch. Freitag „Dr. Ehrlich“ mit Albert Bassermann. Dazu die neue Wochenschau „Welt im Film“.

Süd-West-Echo

Als zweites Blatt in der französisch besetzten Zone, das seine Redaktion ähnlich wie in der amerikanischen Zone aus Angehörigen verschiedener politischer Parteien und weltanschaulicher Richtungen „Südkurier“ (die Rastatter Nachrichten. Unter Änderung des Namens in „Süd-West-Echo“) wird ein Redaktionsausschuß gebildet, der sich aus dem früheren Redakteur des sozialdemokratischen Volksfreund in Karlsruhe, Hermann Winter, aus Redakteur Michlits von der Christlich sozialen Volkspartei, Redakteur Schwalbe von der KPD und Redakteur Friederich von der sozialdemokratischen Partei zusammensetzt.

Neue D-Zug-Verbindung zwischen Stuttgart und Würzburg

Stuttgart, 11. März. (DANA) Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilt, verkehrt ab Montag, 11. März, auf der Strecke Stuttgart-Hauptbahnhof bis Würzburg das Schnellzugpaar D 11 und D 12. D 11 verläßt Stuttgart um 10.20 Uhr und erreicht nach kurzem Aufenthalt in Ludwigsburg, Bietighelm, Heilbronn, Osterburken und Lauda bereits um 14.20 Uhr Würzburg. Der Gegenzug D 12 verläßt Würzburg 13.10 Uhr und erreicht Stuttgart 17.38 Uhr.

Bürgermeisterwahlen in Nordbaden

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, müssen die Bürgermeisterwahlen für Nordbaden in allen Gemeinden und Städten bis zu 20 000 Einwohnern bis spätestens Ende März ds. Js durchgeführt werden und zwar durch die Gemeinderäte.

Im Städtischen Konzerthaus:

Papstfeier der Karlsruher Katholiken

Weihbischof Dr. Burger spricht zu den katholischen Männern und Frauen von Karlsruhe
Pater Ludwig Esch S.J. vor der katholischen Jugend

Zum ersten Male seit vielen Jahren konnten am vergangenen Sonntag die Karlsruher Katholiken im Schutze der neugewonnenen religiösen Freiheit mit einer eindrucksvollen Glaubenskundgebung an die Öffentlichkeit treten. Im derzeit größten Versammlungsraum unserer durch den Krieg besonders schwer heimgesuchten Stadt, im Städtischen Konzerthaus, fanden sich am Sonntagvormittag und Sonntagabend die katholischen Männer und Frauen von Karlsruhe ein, um den 70. Geburtstag (2. März) und den Jahrestag der Krönung (12. März) des Oberhauptes der kath. Kirche, des Papstes Pius XII. festlich zu begehen. Bei den beschränkten Platzverhältnissen konnte Tausenden, die von den gleichen Gefühlen der Treue und Dankbarkeit beseelt diese Feiertage miterleben wollten, kein Einlaß gewährt werden. Im Hintergrund der im Grün- und Blumenschmuck prangenden Bühne fesselte ein von Kunstmaler Emil Burkard geschaffenes Bild Pius XII. die Blicke der Versammelten. Hoch über der Bühne grüßte das päpstliche Wappen mit der Tiara.

Die Papstfeier der Karlsruher Katholiken erhielt eine besondere Auszeichnung durch die Anwesenheit des Hochwürdigsten Herrn Weihbischofs Dr. Burger von Freiburg, des Herrn Landespräsidenten von Nordbaden, Reichsministers a. D. Dr. Köhler, und des Herrn Oberbürgermeisters Veit.

Stadtdekan Geistl. Rat Dr. Rüdiger führte in seiner Begrüßungsansprache aus: Seit langen Jahren haben sich die Katholiken Karlsruhes erstmals wieder zu einer echt katholischen Kundgebung zusammengefunden. 12 Jahre durfte der Name des Hl. Vaters in der deutschen Öffentlichkeit kaum genannt werden. Unsere Treue aber war nicht zu erschüttern. Geistl. Rat Dr. Rüdiger entbot besonderen Willkommengruß dem Hochwürdigsten Herrn Weihbischof Dr. Burger, dem Landespräsidenten von Nordbaden, Dr. Heinrich Köhler, Landesdirektor Prof. Dr. Schnabel, den Vertretern der Landesregierung von Südbaden, den Herren Ministerialdirektoren Dr. B. und Dr. O. T., Oberbürgermeister Veit sowie dem Festredner der Papstfeier, Pater L. Esch.

„Te Deum“ von Hermann Schroeder wurde von den Kirchenchören von Karlsruhe in künstlerischer Vollendung und heiliger Begeisterung gesungen.

Pater Ludwig Esch (S.J.), der gottbegnadete Redner und Jugendführer, gab in seiner packenden Festansprache eine Schau der geschichtlichen und weltumspannenden Bedeutung des Papsttums, der menschlichen und geistig-religiösen Persönlichkeit des derzeit regierenden Oberhauptes der katholischen Weltkirche. Jede Papstfeier, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit. Zum ersten Male nach dem Krieg, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit. Zum ersten Male nach dem Krieg, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit.

„Unsere Dank gebührt dem Papsttum für seine Weltrettung, wo immer die Welt in Not war; für seine Weltkonsekration durch seine Gnaden, die es vermittelt. Dank vor allem unserem Hl. Vater, Papst Pius XII. für das, was er nach diesem Kriege für die Menschheit und für unser Volk getan hat. Papst Pius XII. ringt, daß ein Friede der Gerechtigkeit kommt, daß endlich Schluß gemacht wird mit dem Unrecht, daß die Kriegsgefangenen so schnell wie möglich entlassen werden. Seine Sorge geht darum, wie er deutschen Müttern und Kindern und Evangelischen Kirchen, mit allen Menschen und in der Treue zum Hl. Vater werden wir das Aufbaupwerk an unserem Volk und Vaterland meistern!

Wie ein gültiger Vater sprach Weihbischof Dr. Burger zu den katholischen Männern und Frauen von Karlsruhe. Seine in Karlsruhe verlebten Jugendjahre, seine Kaplanzeit an der Liebfrauenkirche, seine häufigen Firmungs- und Kirchenkonsekrationsbesuche haben ein enges Freundschaftsband zwischen Weihbischof Dr. Burger und Karlsruhe geknüpft. Um so schmerzlicher mußte es den Bischof treffen, nach vierjähriger Abwesenheit sein geliebtes Karlsruhe in Trümmern vorzufinden. Alle, so sagte Weihbischof Dr. Burger, tragen wir heute das gleiche Leid. Unsere Erzdiözese ist in weiten Teilen durch den Krieg verwüstet. Papst Pius XII. bezeichnete als Ursache der Leiden der Menschheit die Auflehnung der Menschen gegen die Hoheitsrechte Gottes und als Folgen dieser Auflehnung die Leugnung des objektiven Rechts, an dessen Stelle die Gewalt trat, und der Liebe, die dem Haß weichen mußte, am Ende aber stand das Chaos.

Wiederum ist es Pater Esch, der die Herzen der kath. Jugend von heute noch genau so zu packen weiß, wie die der kath. Jugend von einst, wie vor 25 Jahren bei dem großen Freiburger Treffen der „Neu-Deutschland“ zusammengefaßten studierenden kath. Jugend Deutschlands. Wir lieben unser Volk vor allen andern Völkern, erst recht im Unglück. Halten wir unserem deutschen Volk die Treue gerade in seiner Not und Armut, aber arbeiten wir mit am Wiederaufbau. Die Not ist riesengroß: Berufsnot, Ehenot, Heimnot. Die Jugend ist berufen, sie zu bannen. Unser Parole nach dem ersten Weltkrieg: Alles für Deutschland, Deutschland für Christus! gilt auch nach diesem zweiten noch schrecklicheren Weltkrieg. Liebt euer Volk, aber bringt euer Volk zu Christus!



Weihbischof Dr. Burger spricht. Foto Wörner.

Nur durch Rückkehr zu Recht und Gerechtigkeit kann die Menschheit gerettet werden. Nur in der Anerkennung der zehn Gebote Gottes kann der Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen, kann erst wieder wahrer Friede in die Welt einziehen. „Christus vincit“ von J. von Nuffel der vereinigten Kirchenchöre — die musikalische Gesamtleitung hatte Kaplan Clemens Weiss, der ebenso begabte Sohn des bekannt-

Fische gegen Fleischmarken

Das Landesernährungsamt teilt mit: Die außerordentlich angespannte Versorgungslage in der Ernährungs-wirtschaft bedingt eine Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die eine gleichmäßige und gerechte Aufteilung der Nahrungsgüter an alle Verbraucher gewährleisten.

Zurzeit sind die Fleischzufuhren sehr schleppend. Um etwa hier auftretende Schwierigkeiten in der Versorgung von Fall zu Fall ausgleichen zu können, müssen Fische und Fischwaren zu diesem Zweck herangezogen werden. Es ist angesichts der gegenwärtigen äußerst schwierigen Transportlage selbstverständlich, daß es bei der Heranbringung der Fische von der deutschen Nordseeküste nicht immer ohne Verzögerung abgehend wird. Was in dieser Richtung von den maßgeblichen Stellen zu erleichtern der Lage getan werden kann, wird natürlich geschehen. Inwieweit dabei die Streuung der Fische auch auf die Landgemeinden möglich sein wird, hängt einmal von der Fleischversorgung in den Städten und auf dem Lande ab, zum andern aber auch, und dies vielleicht sogar in allererster Linie, vom dem Umfange der Fischzufuhren. Eine Versorgung des flachen Landes mit Frischfischen erweist sich auf transporttechnischen und anderen Gründen zurzeit als unmöglich.

Ab sofort dürfen Fische und Fischwaren an den Verbraucher nur noch gegen Abgabe entsprechender Fleischmarken ausgegeben werden. Für 50 g Fleischmarken werden 300 g Frischfische oder 150 g Salzheringe, Räucherwaren oder Marinaden abgegeben. Eine Abgabe von Fischen und Fischmarken ohne die entsprechenden Fleischmarken ist unzulässig. Die Fischverkaufsstellen haben die vereinnahmten Fleischmarken bei ihrem Ernährungsamt ordnungsgemäß abzurechnen und den einwandfreien Nachweis über die Verwertung der Abgabe der Ware zu erbringen. Die Fleischmarken sind beim Verkauf vor Abgabe der Ware zu entfernen. In ähnlicher Weise haben die Fischgroßverteilern mit dem Landesernährungsamt ihre Abrechnung vorzunehmen.

ten Chormeisters des Freiburger Männergesangsvereins —, bildete den krönenden Abschluß dieser unvergesslichen ersten Papstfeier in Karlsruhe nach dem zweiten Weltkrieg.

Feststunde der Jugend

Es waren die alten Fahnen noch, um die sich die katholische Jugend von Karlsruhe am Sonntag nachmittag im Städtischen Konzerthaus zu eiger eigenen Papstfeier scharte. Viele Jahre waren die Christusfahnen der kath. Jugend aus der Öffentlichkeit verbannt. Nun sind sie wieder da, und mit ihnen die katholischen Jungen und Mädchen, die stets zu diesen Fahnen gehalten haben. Ein lange nicht mehr gesehentes Bild, diese frische Jugend in blütenweißen Sporthemden, zum Sing- und Sprechchor auf der Konzerthausbühne gruppiert.

Wiederum ist es Pater Esch, der die Herzen der kath. Jugend von heute noch genau so zu packen weiß, wie die der kath. Jugend von einst, wie vor 25 Jahren bei dem großen Freiburger Treffen der „Neu-Deutschland“ zusammengefaßten studierenden kath. Jugend Deutschlands. Wir lieben unser Volk vor allen andern Völkern, erst recht im Unglück. Halten wir unserem deutschen Volk die Treue gerade in seiner Not und Armut, aber arbeiten wir mit am Wiederaufbau. Die Not ist riesengroß: Berufsnot, Ehenot, Heimnot. Die Jugend ist berufen, sie zu bannen. Unser Parole nach dem ersten Weltkrieg: Alles für Deutschland, Deutschland für Christus! gilt auch nach diesem zweiten noch schrecklicheren Weltkrieg. Liebt euer Volk, aber bringt euer Volk zu Christus!

Weihbischof Dr. Burger bezeichnete die kath. Jugend von Karlsruhe als vorbildlich für die Jugend der Erzdiözese. Die heutige Feiertage sei ein Beispiel für ähnliche Veranstaltungen der kath. Jugend im Lande. Der Bischof erfreute die versammelte Jugend mit ersteheltern Erinnerungen aus seinen Begegnungen mit dem Hl. Vater, als dieser noch Nuntius in Deutschland war.

Fleisch- u. Wurstzuteilung

Die Versorgung Badens (US-Zone) mit Fleisch und Wurst im derzeitigen Umfang (200 g je Kopf) und Woche ist nur mit Hilfe von Zufuhren aus Bayern möglich. Diese sind in der letzten Zeit stark zurückgegangen. Um die Zuteilung von Fleisch und Wurst den bisherigen Rationen zu entsprechen aufrecht erhalten zu können, ist das Landesernährungsamt bestrebt, einen teilweisen Ausgleich durch vermehrte Zufuhren von Wurst zu schaffen.

Es muß unter diesen Umständen an die Einsicht und Mithilfe aller Verbraucher appelliert werden, wenn die Metzgereien verhältnismäßig weniger Braten- und Kochfleisch und dafür mehr Wurst auf die Kartenabschnitte zuteilen müssen. Ein Anspruch auf Zuteilung von Braten- und Kochfleisch in einem bestimmten Verhältnis zur Wurstzuteilung kann nicht geltend gemacht werden. Die Zuteilung wird sich nach den jeweiligen Vorräten richten.

Neue Meldekarten

Jeder Meldepflichtige, alle Männer vom 14.—65. und alle Frauen vom 15.—50. Lebensjahr müssen im Besitz der neuen Meldekarte sein, die allein zum Bezug von Lebensmittelkarten berechtigt. (Siehe amtliche Bekanntmachung.)

Sperre für Antragsformulare

Das Städt. Wirtschaftsamt Karlsruhe, Gartenstraße 53, teilt mit, daß die Ausgabe von Antragsvordrucken mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres gesperrt bleibt. Bevor die vielen in den letzten Wochen eingegangenen Anträge nicht gesichtet und aufgearbeitet sind, kann an eine Aufhebung dieser Sperre nicht gedacht werden. Die Bevölkerung wird von der Aufhebung der Sperre durch öffentliche Bekanntmachung unterrichtet.

... der baye... wurden la... jeweils r... aus ihrem... sind: Dr... dfratrasen... Dr. J. Hab... g-Bez. Nie... Herbert v... anfels (Rep... enen Militär... n nordwrt... wurde an... efreit... ägervereini... Militärregle... und nicht... werden... ngen, früher... ett Brüning... Zentralinsti... n Zone ar... Kandidat der... wurde am... tadt Bochum... emokratische... Ben Parteien... zugelassen... Berlin Willy... responenten... Großhandl... setzt Mitgl...

Dokumente der Schande

Kriegsverbrechen - Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit - Die Anklage hat gesprochen

Der Nürnberger Prozeß ist mit der Beendigung der Anklage in seine zweite Phase eingetreten. Aus diesem Anlaß geben wir folgenden zusammenfassenden Bericht der DANA:

Der erste Abschnitt des Nürnberger Prozesses ist abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Sowjetunion und Frankreich haben ihre Anklage gegen die 21 Angeklagten und die Naziorganisationen erhoben.

In der ersten Sitzung des Gerichts, am 20. November des vorigen Jahres, begann nach den einleitenden Worten des Gerichtspräsidenten, Lord Justice Sir Geoffrey Lawrence, die Verlesung der 58 Seiten langen Anklageschrift. Jeder Hauptankläger der vier Nationen trug dem Tribunal je einen Teil der aus vier Punkten bestehenden Anklage vor.

Der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson behandelte „den gemeinsamen Plan der Verschwörung“. Sir Hartley Shawcross, als Vertreter der englischen Anklagebehörde, sprach über „Verbrechen gegen den Frieden“, der französische Vertreter Francois de Menthon über „Kriegsverbrechen“ und den vierten Teil „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ behandelte der sowjetische Hauptankläger General Rudenko.

Zum erstenmal seit ihrer Verhaftung standen die 21 Männer auf der Anklagebank wieder der Öffentlichkeit gegenüber. Aber diesmal nicht in prunkenden Uniformen, geschmückt mit Ordensbändern, nicht als Minister, Generalfeldmarschälle, Galeiter und Volkredner, sondern als Unterzuchtungsgefangene.

„Wir haben für die Angeklagten einen internationalen Gerichtshof geschaffen und haben die Bürde auf uns genommen, uns an einem entwickelten Verfahren zu beteiligen, um ihnen ein gerechtes und leidenschaftloses Verhör zu gewähren.“ Diese Worte aus der großen Anklagerede des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson beleuchten die Linie, die der Prozeß in seinem Verlauf zielbewußt anhielt.

Ein besserer Schutz kann keinem Menschen gewünscht werden, dessen Verteidigung wert ist, gehört zu werden. Sind diese Männer die ersten, die als Führer einer besiegten Nation sich vor dem Gesetz zu verantworten haben, so sind sie auch die ersten, denen Gelegenheit gegeben wird, im Namen des Rechtes ihr Leben zu verteidigen. Niemals betrachtet ist das Statut dieses Gerichtshofes, der ihnen Gewährung, gleichzeitig der Quell ihrer einzigen Hoffnung. Es mag sein, daß diese Männer mit gewaltigen Geisteskräften ausgestattet sind, die die Welt sie vergessen möge und sie eine solche Verteidigung nicht als Günst zu ersehen. Sie haben aber hier eine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Dies ist eine Günst, die sie als Machthaber ihrer eigenen Landesteile selten gewährt haben. „Die Zivilisation kann nicht weiterleben, wenn diese Verbrechen noch einmal begangen werden sollten. Die wahre Kriterium der Schranken dieses Gerichtes ist die Zivilisation.“

„Der gemeinsame Plan der Verschwörung“ war das Thema des amerikanischen Anklägers Alderman. Eine große Anzahl von Dokumenten unterstützten seine Ausführungen. In der zweiten Verhandlungswoche erschienen die erste Belastungszeuge der amerikanischen Anklagevertretung, der ehemalige Generalmajor Latourette, vor Gericht. Kettil und Jodi wurden durch die Aussage dieses Zeugen, die den ersten Höhepunkt des Prozesses bildete, als schwer belastet.

Einem zweiten Höhepunkt dieser Verhandlungswoche stellte die Verlesung des Konzentrationslagerplans dar.

Am 30. November fand eine Sonderverhandlung über den Gelteszustand der Angeklagten statt. In deren Verlauf der Ankläger erklärte, daß Heß seinen Gedächtniswandel vor vorgefaßter Sache und voll und ganz für seine Taten verantwortlich sei. Zum Abschluß der amerikanisch-englischen Beweisführung über die Vertragsbrüche und Kriegsvorbereitungen führte die Anklagebehörde einen Film „Der Naziplan“ vor, der nur aus Aufnahmen deutscher Wochenschauen und aus Archiven des ehemaligen Propagandaministeriums stammte.

Verbrechen gegen den Frieden

Der zweite Punkt der Anklageschrift „Verbrechen gegen den Frieden“ war das Thema der großen Rede des britischen Hauptanklägers Sir Hartley Shawcross am 4. Dezember.

„Das Ziel, das die britische Regierung mit der Führung dieses Prozesses verfolgt, ist nicht ein einfaches „Wehe dem Besiegten“, sondern in der Hauptsache eine Warnung an jene, die in späteren Jahren vielleicht die Absicht haben, einen Angriffskrieg zu führen.“

Die Reden der vier Großmächte haben sich daher geübt, die Erfinder und Ausführende der Nazigedanken vor diesem Tribunal zu stellen. Sie tun dies, damit die Angeklagten für ihre Verbrechen bestraft werden sollen, aber sie tun es auch, damit ihre Handlungen in all ihrer Schändlichkeit bloßgestellt werden. Und sie tun es in der Hoffnung, daß die Welt erkennen möge, welche Folgen Handlungen dieser Art haben und zu welchem Ergebnis sie führen müssen.“

Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Während sich die ersten fünf Wochen des Prozesses mit der verbrecherischen Angriffspolitik der Nazi-Regierung und dem bewußten Bruch der von ihr abgeschlossenen Verträge beschäftigten, standen im Mittelpunkt der französischen und russischen An-

klage Punkt 3 und 4 der Anklageschrift, „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Mit der Anklage gegen die Himmler-Organisation SD und Gestapo nahm der Prozeß nach einer Winternachtspause seinen Fortgang. Zum erstenmal trat in der Person des ehemaligen Leiters des Amtes 6 im Reichssicherheitshauptamt Ohendorf einer der Männer vor die Öffentlichkeit, deren Taten in den kommenden Wochen des Prozesses aufgedeckt wurden. Auch die Zeugen Willency und Schellenberg sagten über die Ausrottungspolitik insbesondere der Juden aus.

Die Aussagen dieser Zeugen belasteten insbesondere Kaltenbrunner als ehemaligen Chef des Reichssicherheitshauptamtes.

Nach der Anklage gegen das OKW, und den Generalstab wandte sich die Beweisführung der amerikanischen und britischen Ankläger den einzelnen Angeklagten zu.

Der tschechisch-österreichische Arzt Dr. Franz Eisinger, der vier Jahre lang im Dachauer Konzentrationslager zubrachte, belastete Frick, Rosenberg, Funk und Sauckel „schwer, als er engab, sie zu einem Besuch im Konzentrationslager gesehen zu haben.“

Der Urteilsspruch Grundlage der moralischen Wiederaufrichtung Deutschlands

Die französische Anklage behandelte den deutschen Überfall, die Plünderungen und die Deportationen in die Gefängnisse und Konzentrationslager sowie die Raubpolitik in allen besetzten Ländern West- und Nordeuropas. Der französische Hauptankläger Francois de Menthon erklärte:

„Der Urteilsspruch wird als Grundlage der moralischen Wiederaufrichtung des deutschen Volkes dienen. Er wird die erste Stufe zu seiner Rückgliederung in die Gemeinschaft der freien Völker sein. Nachdem der Spruch gefällt ist und vorausgesetzt, es gelingt uns, das deutsche Volk zu belehren und seine ersten Schritte auf dem Wege der Freiheit zu lenken, wird der Nationalsozialismus endgültig in die Geschichte dieses Volkes als Verbrechen eingehen.“

Auch acht Belastungszeugen aus Konzentrationslagern stellten der französischen Anklage zur Bekräftigung seiner Aussagen vor das Gericht. Wie ein roter Faden zog durch alle Zeugnisaussagen das Leitmotiv, das der französische Anklagevertreter Dubost in den Worten zusammenfaßte: „Zwei Tage Zeugenvernehmung haben uns gezeigt, daß eine Ausrottungs- und Terrorpolitik dieses System der Konzentrationslager schuf, dem ganz Europa ausgesetzt war.“ Von den aus Frankreich in die Konzentrationslager deportierten 250.000 Personen sind nur noch 35.000 am Leben.

„Die Völker fordern Rechenschaft“

Am 7. Februar wurde der „Fall Heß“ behandelt. Mit der Aufdeckung der Hintergründe seines Fluges nach England verschwand der geheimnisvolle Nimbus, der in den Augen vieler Deutscher bisher Heß umgeben hatte.

Die Sowjetunion begann ihre Anklage mit einer großen Rede des Generals R. A. Rudenko. „Der Tag ist da und die Völker der Welt fordern Rechenschaft und strenge Vergeltung für Hitlers Henker. Sie fordern strengste Bestrafung für die Verbrecher.“

Eine der größten Überraschungen der bisherigen Verhandlung bildete die Verlesung des ehemaligen Generalfeldmarschalls Paulus im Rahmen der russischen Anklage. Paulus gab die letzten Aufschlüsse über den schon monatelang vorher geplanten Überfall auf Rußland. Im weiteren Verlauf ihrer Beweisführung beschäftigte sich die russische Anklage mit dem im Osten begangenen Verbrechen an Kriegsgefangenen und an der Zivilbevölkerung.

Was vom russischen Ankläger Oberst Semnow im Laufe seiner Ausführungen über die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ in Form von Dokumenten aus deutschen und russischen Quellen, in Filmen, Bildern und durch Zeugen dem Gericht vorgelegt wurde, ist zu schwer mit Worten zu beschreiben.

Mit der Beweisführung gegen die als verbrecherisch angeklagten sechs Organisationen hat die Anklage ihr Material vorgebracht. 3/4 Monate sind seit jenem Tag vergangen, als die acht Richter zum erstenmal den Verhandlungsaal betreten, 3/4 Monate belegten Aufzählungen aller Arten von Verbrechen. Ungefähr 2100 Dokumente wurden dem Gericht vorgelegt, 29 Zeugen aufgerufen und sechs Filme vorgeführt.

Der große Prozeß tritt in seinen zweiten Teil.

Die Anklage hat gesprochen.

Nun hat die Verteidigung das Wort.

Beweisstück Nr. soundsoviet

Der Sonderberichterstatter der DANA, E. Michel, schreibt: „... und ich bitte das Gericht, dieses Dokument als Beweisstück Nr. soundsoviet anzunehmen.“

Das war der Satz, der in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses jeden Tag, fast jede Stunde wiederkehrte, der Satz, der das Bild des ganzen Prozesses geprägt hat. Amerikanische, englische, französische und russische Anklagevertreter haben seit 3 1/2 Monaten Tag für Tag Dokumente vorgelegt, die zum größten Teil aus deutschen Archiven stammen und von den alliierten Truppen nach der Besetzung aus allen möglichen Verstecken hervorgeholt wurden. Ueber

2100 Dokumente wurden dem Gericht bisher vorgelegt. Das größte war das 38bändige Tagebuch Franks, das kleinste ein aus 14 Worten bestehender Befehl Hitlers.

Wir wollen heute nach Abschluß der Anklage aus der Vielzahl dieser Dokumente einige herausziehen und sie noch einmal in die Erinnerung unserer Leser rufen.

Am 26. August 1939 erklärte der deutsche Botschafter in Brüssel dem belgischen König, die deutsche Regierung ist fest entschlossen, an den Bedingungen der Erklärung festzuhalten, die in der bekannten deutschen Note enthalten sind. Diese sah tatsächlich vor, daß Deutschland unter gar keinen Umständen die Unverletzbarkeit und Integrität Belgiens beeinträchtigen und zu jeder Zeit belgisches Gebiet respektieren wird.

Am selben Tag gab der deutsche Botschafter in Haag an die holländische Königin folgende Erklärung: „Wir sind fest entschlossen, den Niederlanden gegenüber gemäß den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und in Würdigung der bekannten niederländischen Unabhängigkeitspolitik eine Haltung einzunehmen, die die Unverletzbarkeit und Integrität unter keinen Umständen beeinträchtigt und jederzeit das niederländische Gebiet respektiert.“

Am 6. Oktober wiederholte Hitler diese Versicherungen in seiner Reichstagsrede und erließ drei Tage später seine „geheimen Kommandosache“, in der es heißt: „Für die Fortführung der militärischen Operationen befähige ich daher folgendes: „Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgischen, belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten. Dieser Angriff muß so stark und so frühzeitig wie möglich geführt werden.“

Dem deutschen Überfall auf Polen, der den zweiten Weltkrieg auslöste, gingen die selben Versprechungen voraus, die an Holland, Belgien und Jugoslawien gegeben wurden.

Göring am 16. Februar: „Von deutscher Seite besteht absolut nicht der Wunsch, Polen irgendeinen Teil seines Gebietes wegzunehmen. Deutschland ist vollständig zufrieden. Deutschland wird Polen nicht angreifen und hat keine Absichten, den polnischen Korridor zu besitzen. Wir wollen den Korridor nicht. Ich sage es mit allem Ernst und kategorisch: Wir brauchen den Korridor nicht.“

Nach der Anklage Ribbentrop: „Es gehört zu den Aufgaben der deutschen Außenpolitik, die freundschaftlichen Beziehungen mit Polen aufrechtzuerhalten.“

Aber schon wenige Wochen später lagen die „Pläne zum Überfall auf Polen in den Händen der Führer. Hitler sagte am 23. Mai 1939 in einer Geheimkonferenz, die in der Reichskanzlei stattfand: „Es ist keine Rede davon, daß wir Polen verschonen. Die Entscheidung ist bereits getroffen. Polen wird bei der ersten sich bietenden Gelegenheit angegriffen. Es ist unmöglich, das Wiederholte des Falles Tschscholowka zu erwarten. Dieses Mal heißt es: Krieg.“

Ein von Kettel stammender Befehl vom 3. April 1939 lautet: „Der Operationsplan muß so ausgearbeitet werden, daß seine Ausführung zu irgendwelcher Zeit, beginnend am 1. September 1939, möglich sein wird.“

„Wir benötigen Sklaven“

Ueber die unmenschlichen Deportationen zur Sklavenarbeit nach Deutschland gehen die folgenden Dokumente Auskunft:

Eines der zynischsten und brutalsten Dokumente war die vom amerikanischen Anklagevertreter vorgelegte Abschrift einer Ansprache Hitlers, die er am 4. Oktober 1943 vor dem Posener SS-Gruppenführern hielt. „Wie es den Russen oder Tschechen geht, ist mir total gleich. Was diese Nationen an gutem Blut bieten, werden wir nehmen, falls erforderlich, durch Wegnahme ihrer Kinder, die wir bei uns erziehen werden. Ob Millionen in Reichum leben oder verrecken, interessiert mich nur insoweit, wie wir sie als Sklaven für unsere Kultur benötigen. Alles andere ist mir gleich, ob 10.000 russische Weiber beim Bau eines Tankgrabens erschöpft umkinnen, interessiert mich nicht, nur, ob der Tankgrab für Deutschland aufgehoben ist. Wir Deutschen, die die einzige Nation in der Welt sind, die eine anständige Haltung Tieren gegenüber einnehmen, werden wahrscheinlich auch eine anständige Haltung diesen menschlichen Tieren gegenüber einnehmen.“

Daß die Nazis auch nicht davor zuückschrecken, Kinder in großem Umfang als Sklavenarbeiter nach Deutschland zu schicken, geht aus einem Memorandum vom 12. Juni 1944 hervor: „Die Heeresgruppe Mitte hat die Absicht, in den Armeegebieten 40.000 Jugendliche im Alter von 10 bis 14 Jahren zu erfassen und ins Reich zu bringen.“

Die „Herrenrasse“

In einer Geheimkonferenz am 2. Oktober 1940 wurden die weiteren Pläne zur Vernichtung der Ostvölker besprochen:

„Die polnischen Landwirte müssen aufhören zu existieren. So grausam das klingen mag, sie müssen ausgerottet werden. Das klingt grausam, aber es ist das Gesetz des Lebens.“

Schon vor der Machtübernahme war Hitler entschlossen, die Massenvernichtungen durchzuführen. Im Jahre 1932 sagte er in Gegenwart hoher Naziführer: „Das tschechisch-waldische Gebiet wird von Deutschen besetzt und kolonialisiert werden. Die Tschechen werden wir nach Sibirien oder dem Wolhynien-Distrikt verpflanzen. Sie müssen aus Zentral-Europa verschwinden.“

Ein Geheimbefehl an die 118. Jägerdivision vom 12. Mai 1943 gibt folgende Richtlinien über das Verhalten der Truppe im Einsatz: „Die Truppe hat rücksichtslos und mit brutaler Härte gegen die Bevölkerung vorzugehen und dem Feind jede Lebensmöglichkeit durch Zerstörung verlassener Ortschaften und

die Sicherstellung vorhandener Vorräte zu nehmen.“

Repressalien um jeden Preis

Als Beweis dafür, daß die Nazi-befehle zu Gewalttaten durchgeführt wurden, greifen wir aus der Vielzahl weiterer Dokumente einige deutsche Bekannimachungen heraus:

Der Militärbefehlshaber in Serbien teilt mit: „Im Dorfe Skela schoß eine kommunistische Bande auf einen deutschen Militärwagen. Das Dorf Skela ist durch Niederbrennen des Erdbodens gleichgemacht worden. Diejenigen männlichen Ortsbewohner, deren Teilnahme an diesem Verbrechen festgestellt worden war, wurden erschossen. 50 Kommunisten wurden an Ort und Stelle erhängt.“

Am 21. Oktober 1941 gab die Stadtkommandantur in Kragujevac folgende Bekannimachung heraus: „Die feigen und hinfälligen Ueberfälle in der vergangenen Woche auf deutsche Soldaten, wobei zehn getötet und 26 verwundet wurden, werden gestraft werden. Deshalb wurden für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 und für jeden verwundeten 50 Landesbewohner, zusammen also 2000, erschossen.“

Hunger als Ausrüttungsmittel

Am 6. August 1942 sagte Göring bei einer Besprechung: „Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere. Es ist mir dabei gleichgültig, ob diese Leute wegen Hunger umfallen.“

Frank sagte in seinem Tagebuch am 9. Januar 1941: „Der größte Teil der Polen nimmt nur etwa 600 Kalorien zu sich, während der Normalbedarf eines Menschen 2000 Kalorien beträgt. Die Bevölkerung ist so weit entkräftet, daß sie eine leichte Beute des Fliegers wird. Wir können den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verschärfen, daß er kräftig genug bleibt, um sein Feld zu bestellen und die außerdem von ihm verlangten Arbeiten durchführen kann.“

Bei einer Weihnachtsfeier der Polizei im Jahre 1940 sagte Frank: „Kameraden, manche besorgte Mutter mag zum Abschied in der Heimat gesagt haben: Was, zu den Polen geht es, wo es so viele Läuse gibt und so viele Juden? Man kann natürlich in einem Jahr nicht sämtliche Läuse und Juden austreiben. Das wird im Laufe der Zeit geschehen.“

Willkommene Kunstschätze

Der „Führererblass“ vom 1. März 1942 sagt: „Rosenbergs Einastab hat das Recht, alle Bibliotheken, Archive, Logen und andere ideologische und kulturelle Einrichtungen aller Art an entsprechendem Material zu durchforschen und dieses Material für die ideologischen Aufgaben der NSDAP zu konfiszieren.“

Was unter dieses „ideologische Material der NSDAP“ fiel, erklärt der Bericht des SS-Obersturmführers Dr. Foerster vom 10. November 1942: „Eine reiche Ernte hatten wir in der Bibliothek der ukrainischen Akademie für Wissenschaft, wo die größten Kostbarkeiten, persische und chinesische Pergamente, russische und ukrainische Chroniken, die Erstaubgaben russischer Schriftsteller und seltene Werke russischer Künstler beschlagnahmt wurden. Aus den Museen von Kiew wurden im besonderen Werke russischer Maler, Bilder und Portraits, nach Berlin geschafft.“

„Befriedigungsaktionen“

Der Befehlshaber einer SS-Brigade berichtete über eine durchgeführte „Befriedigungsaktion“:

„Wir trieben die Frauen und Kinder in die Sumpfe, doch das ergab nicht den gewünschten Effekt, da die Sumpfe nicht tief genug waren, daß man in ihnen ertrinken konnte. Reichsführer SS Himmler hält die Zahl der getöteten Zivilpersonen für zu geringfügig und hat erklärt, daß es notwendig sei, radikal durchzugreifen.“

In einem Rezept zur Herstellung von Seife aus Menschenfett, die im anatomischen Institut in Danzig hergestellt wurde, heißt es: „Man nimm 100 Kilogramm Menschenfett, zehn Liter Wasser, tausend Gramm Soda. Das Ganze lasse man zwei bis drei Stunden kochen, dann wird das Wasser abgeschüttelt, frisches hinzugegeben und nochmals aufgekocht. Das Ganze wird später in eine Form gegossen.“

Eines der erschütterndsten Dokumente, die dem Gericht vorgelegt wurden, ist die in sachlicher Weise vorgelegte planmäßige Massenvernichtung in den Gaswagen. Diese Gaswagen waren unter der Bezeichnung bereits so bekannt, daß sie als „Toediskisten“ bezeichnet wurden. In einem Bericht des SS-Untersturmbannführers Becher heißt es u. a.:

„Die Wagen der Gruppe D habe ich als Wohnwagen tarnen lassen, indem ich auf jeder Seite Fenster anbringen ließ, wie man sie oft in den Bauernhäusern auf dem Lande sieht. Die Wagen waren so bekannt geworden, daß sie meiner Meinung nach auch getarnt nicht länger verheimlicht werden können... Durch das unebene Gelände haben sich im Laufe der Zeit die Abdrückungen und Nietstellen gelockert. Ich habe daher angeordnet, bei den Versparungen alle Männer vom Wagen möglichst fernzuhalten, daß sie durch evtl. ausströmende Gase gesundheitlich nicht geschädigt werden.“

Ueber die sofort nach der Besetzung der örtlichen Länder vorgenommenen Exekutionen liest man in den amtlichen Berichten:

„Es war von vornherein zu erwarten, daß allein durch Prognosen das Judenproblem im Ostland nicht gelöst werden konnte. Es wurden daher durch Sonderkommandos umfangreiche Exekutionen in den Städten und auf dem Lande durchgeführt. Die Gesamtzahl der in Litauen liquidierten Juden beläuft sich auf 71.105. In Lettland sind bisher insgesamt 39.000 Juden exekutiert worden. Alle in 500 wurden in Riga unschädlich gemacht. Die Festnahme aller männlichen Juden über 16 Jahre ist fast abgeschlossen... In kurzer Zeit wird Estland judenfrei sein.“

Die Zustände in den Konzentra-

tionslagern werden durch die folgende Anordnung erheilt, die SS-Oberführer Eicke, der ehemalige Lagerkommandant von Dachau, erlassen hat. Ueber die Anwendung des „dritten Grades“ heißt es dabei:

„Der dritte Grad kann gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher und polnische und russische Faustler angewendet werden. Er besteht aus folgenden Methoden: Sehr einfache Kost, Wasser und Brot, hartes Lager, Dunkelzelle, Verhinderung des Schlafes, Exerzieren bis zum Zusammenbrechen, aber auch Prügel.“

„Die humanste Kriegführung“

Man könnte diese Aufzählung der Dokumente über Seiten und Bände fortsetzen. Aber das bleibt einer späteren Berichterstattung überlassen. Wir wollen zum Abschluß noch einige Auszüge aus dem stenographischen Protokoll einer Sitzung auf dem Obersteilberg am 22. August 1939 anführen, in der Hitler an die Oberbefehlshaber eine Ansprache hielt:

„Unsere Stärke ist unsere Schnelligkeit und unsere Brutalität. Dschingis-Khan hat Millionen Frauen und Kinder in den Tod gejagt, bewußt und frühlichen Herzens. Die Geschichte sieht in ihm nur den großen Staatengründer... So habe ich einstweilen nur im Osten meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmerzig und mittellose Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen... Die Gelegenheit ist günstig wie nie zuvor. Ich habe nur eine Sorge, daß mir Chamberlain oder irgend so ein Saucker im letzten Augenblick mit Vorschlägen kommt. Er fliegt die Treppe herunter und wenn ich ihn persönlich vor den Augen aller Photographen in den Bauch treten muß... Der Angriff und die Vernichtung Polens beginnt am Sonntag früh. Ich lasse ein paar Kompanien in polnischer Uniform in Oberschlesien oder im Protektorat angreifen.“

Ob die Welt mir das glaubt, ist mir egal... für Sie, meine Herren, winken Ruhm und Ehre, wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Sehen Sie hart und selen Sie schonungslos, handeln Sie schneller und brutaler als die anderen. Die Bürger Westeuropas müssen vor Entsetzen erbeben. Das ist die humanste Kriegführung. Und nun ran an den Feind.“

(Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstige Versprechung. Er tanzte wie ein Wilder herum.)

Die Verteidigung

Fortsetzung von Seite 2

Jacksons. Trotzdem sei die Luftwaffe im Jahre 1939 noch nicht kriegsbereit gewesen. Wie konnte Göring dann dem deutschen Volk die Versicherung geben, er werde dafür sorgen, daß die deutschen Städte von schweren Luftangriffen verschont bleiben sollten? fragte Jackson, und Bodenschätz entgegnete, man hätte die Entwicklung damals noch nicht voraussehen können. Außerdem sei es im ganzen weniger ein Luft- als ein Funkkrieg gewesen und die Feindseite habe eine gewisse funktionsfähige Ueberlegenheit gehabt.

Auf die Frage, ob also Göring Hitler über die Güte der Luftwaffe irreführend habe, erklärte der Zeuge, daß davon nicht die Rede sein könne. Hitler habe die Schwächen der Luftwaffe gekannt.

Jackson: „Göring versprach, das deutsche Volk vor den Luftangriffen der Alliierten zu schützen, hatte er denn überhaupt die Mittel dazu?“ — Bodenschätz: „Wir versuchten, durch den Einsatz von Flak und Störern etwas gegen die Angriffe zu tun, aber es war sehr schwer, etwas Wirkungsvolles zu unternehmen. Göring versprach jedoch, der Angriffe Herr zu werden.“

Jackson legte eine Notiz des Zeugen über eine Konferenz von Offizieren der Luftwaffe vom 2. September 1936 vor, in der Göring erklärte, die Lage sei sehr ernst. Ab heute sei „höchste Einsatzbereitschaft“. Die Rüstung für die Luftwaffe müsse so intensiv betrieben werden, als sei bereits mobil gemacht. Er, Göring, übernehme dafür die volle Verantwortung.

Die Judenpogrome

Jackson wandte sich dann noch einmal den Judenpogromen zu. Auf die Frage, wie Göring von den Ausschreitungen erfahren habe, erklärte Bodenschätz, daß der Angeklagte durch die Presse davon erfahren und sich wenige Tage später bei Hitler über diese Vorfälle beschwert habe. Ein solches Vorgehen, so habe Göring erklärt, sei wirtschaftlicher Unsinn und bedeute eine Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland.

Sie erklären uns, fuhr Justice Jackson fort, Göring sei über die Judenpogrome sehr bestürzt gewesen, können Sie sich erklären, wieso er dann am 12. November eine Verordnung herausgab, die den Juden die Zahlung einer Buße von einer Milliarde Mark auferlegte, ihre Versicherungen beschlagnahmte und sie aus dem deutschen Wirtschaftsleben vertrieb? „Darüber weiß ich nichts Genaues“, sagte der Zeuge und Justice Jackson beendete damit das Kreuzverhör des ersten Entlastungszeugen der Verteidigung.

KUNST UND WISSENSCHAFT

Planmäßiger Aufbau

Von Architekt Hans Mitzlaff, Heidelberg.

Wir bringen nachstehenden Beitrag aus befreundetem Munde, in der Erwartung, damit eine Anregung zu geben und die Dinge in befruchtender Diskussion zur Reife zu führen.

Der Kampf um die nackte Existenz verdrängt alle weitschauenden Pläne. Jedoch das Chaos verlangt nach Formung im Sinne einer Weiterentwicklung. Der erreichte Nullpunkt bietet die große Gelegenheit. Jetzt müssen die Probleme der Sanierung unserer Städte angepackt werden, um die seit vielen Jahrzehnten diskutiert wurde und deren Lösung an der Trägheit des Geistes scheiterte. Diese Lösung ist abhängig von der Neugestaltung unseres gesamten Lebens und eine Folge der Überwindung jener Schwierigkeiten, in die wir dank einer reaktionären Verknüpfung der Probleme geraten sind.

So ist Städtebau nicht nur die Regelung von Fragen der Anordnung der Gebäudegruppen, Freiflächen, Verkehrsnetze und der Festlegung von Bauzonen, die Stadt ist nicht nur ein Stück Land mit Häusern und Straßen und all dem, was sonst dazu gehört. Das Maß ist der Mensch, seine Bequemlichkeit, sein Glück. Die Wohnungen, Fabriken und Parks sind Dinge, die dem Menschen helfen sollen zu leben.

Allerdings bedrängen uns heute schlimmere Sorgen. Noch sind wir nicht in der Lage, das zu übersehen, was das Schicksal uns alles zu tragen gibt, noch leben wir nicht in unserer vollen Realität. So kommt man leicht in Versuchung zu deprimieren, sich aufs Ausflücken zu verlegen. Auch fehlt unter den heutigen Umständen der Elan zu einem großen Plan. Hinzu kommt, daß der heranwachsenden Generation — betrogen um die Teilnahme an den großen Fragen unserer Zeit — noch die Vorstellungen mangeln, die nötig sind, um produktiv mitzuwirken.

Und doch müssen wir die Probleme schon jetzt anpacken. Wenigstens im Planen. Es besteht die Gefahr, daß wir sonst in den jetzt zu schaffenden Provisorien stecken bleiben, uns in den Trümmern einrichten und unserm Nachkommen bestenfalls ein romantisches Chaos hinterlassen.

Wir müssen schon jetzt einen fortschrittlichen Plan machen. Die Erkenntnisse dazu sind bereits gefunden und entwickelt aus der Kritik an dem alten Rahmen, in dem sich unser städtisches Leben abspielte. Wir kennen die technischen Möglichkeiten, wir haben einen klaren organisatorischen Sinn, um unseren Lebensraum neu einzurichten. Wir werden wieder ein Ziel haben, wenn es auch nur darum geht, uns den Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus wir die Arbeit beginnen können.

Der Städtebauer darf jedoch nicht für sich allein in seiner Klausur planen, sondern er muß die Einwohner selbst durch ihre Vertretung an dem Projekt mitarbeiten. Aber sie müssen sich klar sein darüber, wie sie ihr Leben leben wollen, müssen die sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Grundgedanken entwickeln. Es gibt auch Leute, die fragen: Warum einen so umgestaltenden Plan machen? Nun, es ist leicht, mit den Dingen zufrieden zu sein, wenn man in einem guten Stadtviertel wohnt und dazu noch am Wochenende aufs Land fliehen kann.

So ist die moderne Städteplanung erst in letzter Linie eine Aufgabe

der Formung durch den Architekten und Städtebauer. Eine große Zahl von Bedingungen, die voraus erklärt sein müssen, liegen ihr zu Grunde:

1. Die klare Vorstellung einer Lebensführung.
2. Die Forderungen einer zeitgemäßen Organisation.
3. Das Verständnis für die Möglichkeiten unserer Technik.
4. Das Verkehrsproblem.
5. Die hygienischen Erkenntnisse.
6. Bestehende und zukünftige Verhältnisse soziologisch untersucht mit Hilfe von Statistik.
7. Studium der landschaftlichen und baulichen Gegebenheiten.

(Schluß des Aufsatzes folgt in der nächsten Ausgabe.)

Deutsche Klassiker als Wegbereiter

Analog unserer außenpolitischen Bedeutungslosigkeit stehen wir vor der Tatsache einer Isolierung auf künstlerischem Gebiet. Wenn man schon gelegentlich deutsche Klassiker aufführt, so trennt man sie doch noch scharf von den heutigen deutschen Menschen. Nachdem vor 1933 ein internationales Musikfest ohne deutsche Klassiker unvorstellbar war, berührt es doch schmerzhaft, daß bei der im Mai d. Js. stattfindenden Prager Veranstaltung der Name eines deutschen Komponisten oder Dirigenten fehlt.

Eine der besten Möglichkeiten, um dem Ausland wieder nahe zu bringen, ist die Kunst. In unserer klassischen Musik haben wir der ganzen Welt etwas zu geben. Sie wird auch immer befruchtend zur wahren Völkerverständigung beitragen. Es berechtigt jedoch zu Hoffnungen, wenn erste Bühnen der Welt die großen deutschen Klassiker wieder interpretieren lassen.

Die Nazis haben den lächerlichen Versuch unternommen, auch unsere Klassiker auf ihre Art zu deuten und zurechtzumachen. Die Welt und der objektive deutsche Musikfreund gingen über diesen undiskutablen Versuch kommentarlos hinweg. Denn an den wirklich Großen sind die „Tausendjährigen“ immer gescheitert. Man denke beispielsweise an Richard Wagner. Während seines ganzen Lebens revolutionierte er gegen einen zu großen Zwang des Staates auf die Lebensführung des einzelnen.

Wenn wir in der modernen Musik 1933 mit der Weiterentwicklung stehen geblieben sind, so führen doch unsere Klassiker zu dieser im Ausland weiterentwickelten modernen Tonkunst hin. Wir werden auch nie behaupten wollen, daß nur deutsche Komponisten die ausschlaggebenden Formen der Musik waren, was in den letzten 15 Jahren dem deutschen Volke eingepaukt wurde. Aber als Mitgestalter in der Entwicklung der Tonkunst wurden und werden die deutschen Klassiker jedenfalls in der ganzen Welt geliebt und verehrt.

Läßt also eine Jahrhunderte alte Kunst nicht eher auf die wahre Mentalität eines Volkes schließen, als zwölf Jahre richtungsloser Irrweg? Daß wir hart büßen müssen für die Verbrechen, die an der gesamten Welt verübt wurden, muß jedem einleuchten.

Aber wenn wir uns auf unsere Tradition als wahre Kulturnation besinnen, wird uns das Ausland eines Tages wieder anerkennen. Unsere Künstler können noch nicht unmittelbar zur übrigen Welt sprechen, aber unsere Klassiker werden ein gutes Sprachrohr dafür sein, den Boden zu einer Verständigung zu bereiten.

Kulturnotizen

Wechsel im Rektorat der Münchener Universität

Der bisherige Rektor der Münchener Universität, Geheimrat Prof. Dr. Albert Rehm, hat den bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner um seine Entlassung gebeten. Der Ministerpräsident hat die Entlassung angenommen und Rehm von seiner Tätigkeit entbunden. Der bayrische Kultusminister hat mit Genehmigung des Ministerpräsidenten den Geheimrat Prof. Dr. Karl Vossler mit der vorläufigen Leitung des Rektorats der Münchener Universität beauftragt. (DANA)

Die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, die im Jahre 1864 in Westfalen ins Leben gerufen wurde, ist mit Genehmigung und Unterstützung der britischen Militärregierung in Arraberg neu gegründet worden. (DANA)

Karl Ebert, der frühere Darmstädter Intendant, später an der Charlottenburger Oper, arbeitet gegenwärtig in leitender Stellung an der Umorganisation der englischen Oper in London.

Ernst Wiecherts neuestes Werk, das demnächst im Zinnen-Verlag München erscheint, führt den Titel „Der Totenwald“. Es ist ein dichterischer Bericht aus dem Konzentrationslager Buchenwald, in dem Ernst Wiechert inhaftiert war. Dieser Bericht, erschien inzwischen in einer Schweizer Ausgabe im Verlag Rascher, Zürich.

Kammermusik und Rezitation

Stamitzquartett (Konzertdirektion Metzger)

Kammermusik in erlebter Form interpretierte das Stamitzquartett mit dem Herren Roman Schimmer, Otto Sedlmayr, Frieder Baetz und Kurt Friedrich.

Bei der Programmgestaltung interessierte vor allen Dingen der zweite Abend mit Mozart, Ravel und Dvorak. Kammermusik ohne Mozart ist kaum denkbar. In seinem Quartett in G, (K. V. 387) beweist er uns von neuem durch die Innigkeit, die Geistesstärke, die höhere Schönheit der Melodie durch die dramatische Charakterisierung und vor allem durch die meisterhafte Beherrschung der musikalischen Form, die seinen Werken innewohnt, daß er das größte musikalische Genie von Natur aus ist. Den unbestrittenen Höhepunkt des Abends bedeutete Ravels Streichquartett in G. Diese unerhörte plastische Klangmalerei des Hörers packen. Ravel erhebt den flüchtigen Eindruck der Dinge zum musikalischen Problem, er legt mit kühner Geste alle Grundlagen der Melodie, der Thematik und Kontrapunktik hinweg, ohne dabei ins Atonale zu gleiten. Gerade sein klarer, nüchterer Realismus, frei von allen Konzeptionen und Hemmungen, muß den Hörer in seinen Bann zwingen. Nach dem tiefen Erlebnis dieses Werkes mußte A. Dvoraks Streichquartett in Es, op. 51, die in kammermusikalischer Form gebrachte künstlerische Verfeinerung der slawischen Volksweise am Ohr vorbeiplätschern wie ein murrendes Bach, nachdem vorher das Brausen eines alles mitreißenen Sturmwindes vorhergegangen war. Warum wurde Ravel nicht als krönender Abschluß dargeboten? Der Eindruck auf den Hörer wäre noch nachhaltiger gewesen.

Gerade bei der schwierigen Interpretation Ravels überzeugte das Quartett von dem disziplinierten und technischen vollkommenen Grad der Zusammenarbeit, die bei der Sonderklasse stempelt. Den begeisterten Hörern dankten die Herren mit einer Zugabe in Form des ersten Satzes eines Werkes von P. Tschaikowski.

Könnte nicht der Kulturbund bis wir in Karlsruhe über ein einigermaßen gleichwertiges Quartett verfügen, sich

Helmut Spooris neuestes Bühnenwerk „Die weiße Weste“, das demnächst in Dresden uraufgeführt wird und an weiteren Bühnen anschließend zur Aufführung gelangt, erscheint in Kürze als Buch im Zinnen-Verlag, München.

Professor Bergius lebt!

In zahlreichen deutschen Zeitungen ist dieser Tage die Meldung in mehr oder weniger großer Aufmachung erschienen, daß Professor Dr. Friedrich Bergius, der berühmte deutsche Chemiker, in Pittsburgh im Staate Pennsylvania im Alter von 61 Jahren gestorben sei. So ehrenvoll alle diese Nekrologe klingen, so wenig stimmen sie mit der Tatsache überein, mit der nämlich, daß Prof. Bergius gar nicht tot ist, sondern sich am Leben befindet.

1942 bis 43 wohnte er in Berlin und übersiedelte dann nach Oesterreich, wo er sich bis zum heutigen Tage aufhält. Er weilt zuerst in Velden am Wörther See, wo ein Forschungsinstitut im Aufbau war, und lebt heute teils in Gasteln, teils in Salzburg. C. F.

Neue Literatur

Aus der Vielzahl der Monatschriften tritt uns „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren lebendigen Weg mit auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Erstarrt liegt wie das erste Heft kruz auf der Hand. Es ist R. Bachers „Denksache Bekennnis“. Welch tiefe Schau. Es ist der an dem Leid seiner Heimat groß gewordene, reife Mensch, der mit untrüblichem Blick der geschichtlichen Fehlentwicklung unseres Volkes bis in die fernsten Winkel nachspürt, um nach schonungsloser Feststellung unserer Schuldteile, sich zu seiner Heimat und deren Menschen zu bekennen.

In seinem „Sieger von Leipzig“ 1813 erweist Fischer, den Reichstagsbrandprediger wieder vor uns. Dimitroffs Zweikampf mit dem grotesken Jahresmarktsfiguren des Dritten Reiches, mit einem folgen, korrupten Richterkollegium leuchtet als Triumph des Sieges wahrer Menschlichkeit und Wahrheitsliebe über die Soldatenehre der Reaktion.

„Hindenburg-Legende“ nennt Ferdinand Friedensburg jene Gloriole, die eine ausgeklügelte Propaganda aus dem ehemaligen Feldmarschall des ersten Weltkrieges spannen und die große Masse unseres Volkes über die natürliche Zugehörigkeit dieses Mannes zum preussischen Junkertum und Offiziersstand täuschen konnte.

Georg Lukacs warnt vor dem „inneren Licht“ der trübsten Beleuchtungsart, da die Flucht aus der Wirklichkeit darstelle und somit die Erkenntnis wahrer Zusammenhänge verheere. Ernst Renan, Thomas Mann, Alfred Kurella, Paul Valéry, um nur einige zu nennen, sind uns Begriff genug, um den Wunsch nach werden zu lassen, ihre Stimme zu vernahmen.

Begrüßt in Heft 2 Gerhart Hauptmanns den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, so bleibt für den Leser irgendetwas ein bitteres Gefühl, das nur durch das Wissen um menschliches Iren und den Glauben an die Bekräftigung des Menschen gemildert wird.

Bruno Frank's „Vier Schäfer“ im Pariser Pantheon sind schon lange verstanden, aber nicht vergessen ist ihr mahnendes Zeugnis. In Julius Hays begegnet uns durch einen Beitrag von J. H. einer unserer großen künstlerischen Gegenwartsgestalten, dessen neueste und vielleicht bis jetzt reinste Bühnenwerk „Gerichtstag“ wir höfentlich auch bald in Karlsruhe erleben dürfen.

Rechtshandlung nennt Bert Brecht seine schonungslose Beleuchtung eines Arztes. Hintergründe einer verbotenen Rechtsprechung. Eine unbestechliche Feder, die gleichzeitig irgendwie nachfühlend die Erfassung des Menschlichen — alles Menschlichen schafft Szenen von plastischer Wirkung.

Man denke an Wassermanns „Trägheit des Herzens“ bei den Betrachtungen eines Arztes. Dr. Hans Schwarz, über die „Trägheit des Geistes“. Die erschreckende Gleichgültigkeit, das beängstigende Übermaß des von Geschehen um uns hat sich, so sagt dieser Arzt, wie eine schwere Erkrankung in die Psyche unseres Volkes eingedrungen. „Wir müssen gefühlsamige Kristallisationspunkte für die soziale Tätigkeit finden und den Gehirnläusen neue Substanz zuführen, wolle wir eine Wiedergeburt erreichen.“

Wir müssen es uns versagen, Ernst Kellermann, Johannes R. Becker, Ernst Lässer und viele andere, hier sprechen zu lassen. Mit der Erwartung der nächsten Heft verbindet sich die Hoffnung, daß es dem „Aufbau“ gelingen möge, das betragene, das deutsche Volk aus der Nacht des Zusammenbruchs zu einer wahrhaft demokratischen Erneuerung emporzuführen. W. Bopp.

Prof. Dr.-Ing. Plank 60 Jahre

Am 6. März beging die Techn. Hochschule in einer akademischen Feierstunde den 60. Geburtstag ihres Rektors, Prof. Dr.-Ing. R. Plank. In Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung und der Landesverwaltung wurde Prof. Plank durch Ansprachen und Vortrag als Forscher, Hochschullehrer und Mensch geehrt und gewürdigt.

Obwohl er nichts davon verstand!

„Hermann Göring, dieser Bulle“, so nannte ihn der Psychopath Rudolf Hess vor einigen Jahren, als er in einer Rede die Vitalität und Energie Görings pries. Ein Bulle — keine unzutreffende Kennzeichnung. In der Massigkeit des etwas schwammigen Gesichts mit der zu klein geratenen Nase, in dem stiertückischen Blick der rotunterlaufenen Augen, in der tierhaften Dumpfheit und doch animalischen Wachsamkeit des Ausdrucks, wenn er sich auf der Anklagebank fegelt, in der Wichtigkeit des schweren Körpers schließlich sind sprechende Bestätigungen des Vergleichs gegeben.

Brutale Tatkraft, die gleichsam mit der Körpermasse Hindernisse oder Gegner überbrannte. Skrupellosigkeit bei geistiger Horizontlosigkeit und schließlich eifriger Geltungsdrang waren die Triebfedern dieses Göring, die ihn eine fast beispiellose politische und wirtschaftliche Machtposition erringen ließen. Als Politiker kam er ab aus der geistigen Sphäre des durchschnittlichen politisierenden kleinen Leutnants heraus, eine wirtschaftliche Position errang er,

obwohl er — wie Schacht erbittert feststellte — von Dingen der Wirtschaft nichts verstand!

Wovon verstand er eigentlich etwas? Mag sein, daß der keineswegs bekannte Flieger des ersten Weltkriegs die technischen Fortschritte des Flugwesens mit mehr als Laienverständnis verfolgte, daß er imstande war, sie zu verstehen und auf Grund technischen Begriffens zu fördern. Auf allen anderen Gebieten aber, für die er maßgeblich zeichnete, fehlte ihm jede fachliche Qualifikation. Betrachten wir seine Zuständigkeiten: Dem Luftmarschall sind einige, wenn auch nicht überragende Kenntnisse zuzubilligen.

Der Reichsbeauftragte für den Vierjahresplan, der Industrielle der Reichswerke Hermann Göring usw., verstand nach fachmännischem Urteil von Wirtschaftsdingen nichts.

Der Reichsforstmeister war ein Laie im Forstwesen, der Reichsjägermeister nicht mehr als ein Sonntagsjäger.

Seine Berechtigung, im Theater- und Schauspielwesen tonangebend zu sein, leitete er ab aus seiner Ehe mit der Schauspielerin Emmy Sonnemann.

Diese Ehe beleuchtet das Wesen Görings schlaglichtartig. Denn das war der

Traum des kleinen, vermögenslosen und primitiven Leutnants wilhelmischer Prägung: Geld, viel Geld, prächtige Uniform und die Geliebte vom Theater.

Der nach dem Kriege seiner militärischen Umgebung entrisse Leutnant fand in Hitlers Partei die Möglichkeit, seinen militaristischen und machtsüchtigen Neigungen zu fröhnen. Das Mißlingen des Hitlerputsches von 1923 brachte nur eine Verzögerung. Darnach ging der Weg zu Macht und Geld beständig aufwärts. Die Macht brachte das Geld, und Geld und Macht erlaubten die Pracht. Die kleine Leutnant-Eitelkeit feierte Orgien. Die Brust bot nicht mehr Platz für die Ordensammlung.

Links Lammeta, rechts Lammeta und der Bauch wird immer fetter, so sangen die Berliner Jungen einen Spottvers. Ob Göring wußte oder fühlte, daß seine Uniformierungsleidenschaft belacht wurde —, es hemmte die Eitelkeit nicht, die aus der Luftmarschalluniform in die Partei-Uniform, aus dieser in die des Forstmeisters oder in das hirscheder Koller fuhr, in dem er, Sau-spieß in der Hand, mit Vorliebe in Karinhall empfing. Auch in Zivil kam der kleine Leutnant zum Vorschein. Weißes Gamaschen und der vorn hoch-

geklappte weiche Hut, das war seine Vorstellung ziviler Eleganz.

Der zweite Leutnantstraum wurde verwirklicht. Die blonde Theaterheroine — ganz „stänisches Weib“, wie es im Leutnantenjargon hieß — wurde Geliebte und später die seideumhüllte, perlenbehängte Gattin.

Die Besitzereitelkeit verlangte nach Ausdruck. Ein Künstler wurde berufen und erhielt Idee und Auftrag. Und so malte er Europa mit dem Stier; das heißt die nackte Emmy Göring als Europa, malerisch im Grün gelagert, während ihr der weiße Stier Zeus — ach was Zeus! — während ihr der Bulle Hermann Göring nahte. Wandert es jemand, daß das Bild ausgestellt und preisgekrönt wurde? Begeistert gelobt von der deutschen Presse, ging es über in den Besitz des Herrn Reichsmarschall Hermann Göring.

Europa Emmy und Zeus Hermann aber, mythologisch im Bilde vereint, schmückten den Marmorpalast des jövialen Volkstrubens. Und auch an diesem Palast prangte ein Zeichen Göringscher Eitelkeit: die schwarze eiserne Panzerfaust Götzens von Berlichingen. In dieser Hausmarke, wie er es nannte, fand Göring Ersatz für das schmerzlich vermählte Wappen des feudalen Leutnants.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlacht der Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cherusker war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberg-Prozess genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing. Schwerdtfeger

DAS WORT DER JUGEND

Gedanken zur Berufswahl

Nur kurze Zeit ist es noch bis zur Schulentscheidung, nur eine geringe Weile also für einen ganzen Jahrgang von 14jährigen Buben und Mädchen, in der sie und mit ihnen ihre eigenen Entscheidungen ihres Lebens zu treffen haben. In einigen Jahren werden diese jungen Kinder zu der großen Menge des schaffenden, werktätigen Volkes gehören, auf dessen Schultern die so überaus schwere Aufgabe liegt, die so überaus wichtigen Aufgaben der Zukunft zu bewältigen, die uns auf dem weiten Weg der menschlichen Existenz zu bauen, in der Menschen nicht nur leben, sondern auch etwas von sich selbst in die Welt zu setzen, etwas, das die menschliche Lebensfreude empfinden können. Es ist selbstverständlich, daß vor diesen Entscheidungen einige bestimmte Bedenken als erstes die Frage nach der Eignung und Neigung des jungen Menschen auftaucht. Sie spielt für die persönliche Lebensgestaltung eine ganz ausschlaggebende Rolle. Der Beruf soll ja für ihn bis zu einem weitgehenden Grade Berufung sein. Der Mensch will und soll sich in der Tätigkeit seiner Arbeit. Es soll ihm ein gewisses Tagewerk, an das er seine ganze Kraft setzt, auch Befriedigung zuströmen, Freude über das Gelingen. Er soll sich durch sein Handeln der Gemeinschaft verbunden fühlen, sich selbst und seiner Leistungsfähigkeit vertrauen können. Das heißt nicht nur Lohn und Verdienst, sondern auch die Seinen. Das macht ihn zu einer Stelle auch immer, zum wertvollen Mitglied seines Volkes. Freiheit ist es nur verhältnismäßig wenige Jugendliche, die ihrer Veranlagung nach für einen einzigen, bestimmten Beruf geeignet erscheinen, etwa der hochbegabte Musiker. Für die meisten steht die Wahl zwischen einer ganzen Reihe verschiedener Berufe offen.

Es ist ihnen damit Gelegenheit gegeben, sich der volkswirtschaftlichen Lage anzupassen, denn es ist ja ausgeschlossen, daß etwa alle jungen Rationenmechaniker oder Maschinenbauingenieure werden, während Wohnungen nicht gebaut oder auch nur instand gesetzt werden können, weil es an den erforderlichen Facharbeitern im Bauwesen fehlt. Auch die Jugendlichen ihrer Angehörigen leiden schon unter dem sich noch ständig vergrößernden Mangel an Wohnraum. Wenn sie in einigen Jahren selbst eine Familie werden gründen wollen, wird ihnen diese Schwierigkeit noch sehr viel stärker zum Bewußtsein kommen. Sie sind also nicht nur im Allgemeininteresse, sondern auch in ihrem eigenen, auf diese volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten bei ihrer Entscheidung mit Rücksicht zu nehmen.

Auf diese Fragen wird in einem weiteren Aufsatz eingegangen werden.

Dr. Ch. H.

Hoffnung

Schaff das Tagewerk meiner Hände. Ein Glück, daß ich's vollende! Ich, ein laß mich nicht ermatten! Ich, es sind nicht leere Träume: Ich, steh nun Stangen, diese Bäume Geben einst noch Frucht und Schatten. (Goethe)

Jugend und Bildung

Eine junge Leserin schreibt uns: Fast 1 1/2 Jahre für die Fortbildung verlorene Zeit liegen hinter uns. Den meisten jungen Menschen ist in diesen Monaten klar geworden, wie viel an volkswirtschaftlichem Wissen, wie auch an allgemeinen Kulturwerten sie sich noch aneignen haben. Dadurch entwickelte sich ein großer geistiger Hunger. Wie froh waren die Schüler und Schülerinnen, als nun endlich auch die Oberschulen ihre Pforten wieder öffneten, doch so jetzt, nach kurzer Zeit, stellt sich eine kleine Enttäuschung nicht überlegen. Allen läßt es schwer, sich wieder an den alten Trost zu gewöhnen, besonders deshalb, weil in fast jedem Buch die Bücher fehlen. Es wird immer auch von Seiten der Lehrkräfte Geduld bedürfen, bis sich alles wieder eingespielt hat.

Bedauern wird vor allem darüber sein, daß der Geschichtsunterricht vollends gestrichen ist, sowohl in deutschen als auch in der fremden Sprachen. Gerade aus einem solchen Unterricht würden die Fehler der 12 Jahre von 1933 bis 1945 klar zu erkennen sein. Außerdem würden aus der Entdeckung der anderen Staaten wertvolle Lehren für den Neuaufbau gezogen werden können. Wäre es nicht möglich, ähnlich wie in den Volkshochschulen, die ja gerade bei der Jugend großen Anklang finden, Geschichtsvorlesungen zu veranstalten? Ich bin überzeugt, daß sich diese den gleichen Erfolg hätten. Vielleicht könnte auch wieder eine Art Schülermiete für das Theater geschaffen werden! Es geht hier weniger um billige Preise, als um die Karten überhaupt. Augenblicklich ist es ja ohne Vorbehalten oder stundenlanges An-

hen kaum möglich, für irgendwelche Vorstellungen Karten zu ergattern. Doch dieses Ansehen verbietet sich jetzt, da die Schule wieder begonnen hat und auf die meisten zu Hause noch manche andere Pflicht wartet, fast vollständig. Gerade der häufigere Besuch des Theaters würde jetzt, da auch wieder ausländische Komponisten und Dichter zu Gehör gebracht werden, der Jugend fremdes Kulturgut näherbringen und dadurch ihren Gesichtskreis erweitern.

Frieder und der Wald

„Mein Freund, der Frieder, weiß jetzt schon, was er werden will — Förster. Möge es ihm glücken! Er ist erst 14 Jahre alt, bis zum Ziel hat er noch eine gute Strecke Weges. Im Herbst half Frieder beim Holzschlagen. „Alle fünf Minuten hat es gekracht im Wald“, erzählte er mir. „Es war schrecklich, wie die Bäume niederfielen. Aber die Leute haben nicht nur die dicken Bäume geschlagen, die vom Förster bezeichnet waren, auch junge, armdicke wurden abgeholt und an die Leiterwagen gesteckt, damit das Holz nicht herausfalle. Wenn das so weitergeht“, sagt Frieder, „ist bald kein Wald mehr da. Der Förster von Moorbach hat mir erzählt, warum die Wälder so wichtig sind. Sie halten die Feuchtigkeit des Bodens fest; ohne dies würden die Quellen und kleinen Bäche austrocknen. Der Wald ist den Feldern und Häusern ein Windschutz, besonders nach der Nordseite hin. Ja und die vielen Tiere, die Hasen, Rehe und Vögel,

was würde aus ihnen, wenn die Wälder kahl abgeholt sind. An den Rand der Wälder sollten Eichen gepflanzt werden, die halten am besten allen Wetschwinden stand und viele, viele Nadelbäumen sollten jetzt gepflanzt werden. Die Leute denken jetzt nur daran, wie sie eine warme Stube und Essen bekommen. Wenn wir aber den Wald nicht wieder anpflanzen und pflegen, dann fehlt er uns in Zukunft. Dann haben wir kein Holz zum Bauen und für Möbel.“ So sprach mein Freund, der Frieder, der Pfleger des Waldes werden will.

Jugenderziehungswerk

Ein Einblick in die Arbeit der Materialprüfungstechnik sollte der Vortrag von Professor Pöschel von der Technischen Hochschule vermitteln. Eine große Anzahl interessanter Lichtbilder zeigte zunächst die stromlose Konstruktion des Mikroskops, das es gestattet, im Auflicht die Strukturveränderungen der Kristallkörner von Metallen bei zunehmender Belastung photographisch festzuhalten. In langer Reihe wurden dann die Vorgänge im Mikroskopie des Stahles von den Gleitvorgängen bis zur schließlichen Deformation und Ueberschreitung der letzten Elastizitätsgrenze sichtbar. Vorgänge, die vielleicht in Warmwirkungen ihre letzte Ursache haben. Einen besonderen Genuß bot vorher das Kalepe-Trio mit der Wiedergabe des G-Dur-Trios Nr. 5 von W. A. Mozart. Heidi Wette-Knieper, Hans van Gelder und Rolf Knieper stellten ihr hohes Können ganz in den Dienst der musikalischen Gestaltung und Ausdeutung; die beglückten Zuhörer dankten den Künstlern denn auch begeistert für diesen feinen, stillen Mozart. O. B.

Eigenbericht der BNN.

Generalversammlung des ADGB in Karlsruhe

Die Gewerkschaften in Deutschland bilden im gegenwärtigen Zeitalter nicht nur mit dem ausdrücklichen Willen der Militärregierungen den positiven und demokratischen Kern des Neuaufbaus. Auch die erfahrenen Gewerkschaftler der alten Schule sehen in der Gewerkschaft das wichtigste Instrument, um zu Wirtschaftsdemokratie durchzustößen und durch Mitbestimmung in allen sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen an der soziologischen Entwicklung in aller Zukunft entscheidenden Anteil zu nehmen.

Der inzwischen über 20 000 Mitglieder umfassende Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Karlsruhe und Umgebung hielt am 9. März seine erste Delegierten-Generalversammlung ab. Als Gäste waren erschienen: Leutnant Lawson, Arbeitsoffizier der Militärregierung, Landesdirektor Klausmann, Oberregierungsrat Eichenlaub, Leiter des Hauptarbeitsamtes Konz, Gewerbeinspektor Dewald und Arbeits-schlichter Klingele.

Leutnant Lawson, der seit 8. Juni 1945 in Karlsruhe weilt und für die gewerkschaftlichen Dinge zuständig ist, gab zu Beginn der Tagung seiner Freude Ausdruck, daß über 200 Vertreter versammelt seien, um die Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Nach seinen Worten besteht die Absicht, daß jede der 13 Fachgruppen Sätze aufstellt und ihre eigenen Führer geheim und demokratisch wählt. Forderung sei die kleine Einheit in Betrieb oder Fabrik. Die Grundlage der Gewerkschaften bilde die einzelne Fachgruppe. Irgendeine Person, die wünsche, aufgenommen zu werden, müsse auch aufgenommen werden. Die Mitglieder müßten das Recht haben, abzustimmen, ob sie sich mit einer Fachgruppe in Baden und Württemberg verbinden wollten. „Es werde möglich sein, daß sich eine Fachgruppe über Baden hinaus in die Länder Württemberg, Bayern oder Hessen entwickle und eine gewisse Industrie-gruppe bilde. Die Arbeitsämter der Gebiete hätten Anweisungen, wie solche Maßnahmen getroffen werden könnten. Es sei Absicht der Militärregierung, daß eine gute und erste Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geschaffen werde. Die Gewerkschaften in Baden könnten gute Leute stellen für eine politische Regierung. Karlsruhe habe bis jetzt die besten Leute aufzuweisen. Ein großer Teil der Gesamtentwicklung überhaupt werde vom Karlsruher ADGB abhängen. Die Militärregierung wolle beweisen, daß eine demokratische Entwicklung die beste sei, und sie wolle dem ADGB insbesondere keine Hindernisse bereiten. Es sei bekannt, daß er, Leutnant Lawson, alle ihm zu-fallenden Arbeiten mit dem ADGB schnell und gut tue.

Der Geschäftsbericht vom Jahr 1945 lag gedruckt vor. Der Vorsitzende, Kollege Flöber, streifte kurz die Entwicklung gemäß der von General Eisenhower gegebenen Aachener Punkte und führte aus: In 5 Monaten bis zum Jahresende ist eine außer-ordentliche Organisationsarbeit geleistet worden, die es jetzt ermöglicht, sich den akuten Gegenwartsfragen tatkräftig zuzuwenden. Im neu zu

schaffenden Betriebsrätegesetz müssen die alten Kann-Vorschriften verschwinden, in der Frage der Sozialversicherungen haben die Gewerkschaftsvertreter mitzuarbeiten. Besonders aber gilt es, bei der Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie mitzuwirken. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht, daß jeder Schaffende sich den Aufgaben der Gewerkschaften zur Verfügung stellt. Wir treiben keine Parteipolitik, wohl aber eine Politik der Wirtschaft und der sozialen Fragen. Die Badische Landesversicherungsanstalt muß für Baden erhalten bleiben. Wir fordern die Vermögen, die uns gestohlen wurden. Damit können wir unseren allen Invaliden Kollegen eine Unterstützung gewähren und ihnen die Rechte wiedergeben, die sie sich Jahrzehnte vor der Zerstörung der Gewerkschaften erworben haben. Das Wort Solidarität steht an der Spitze unserer Arbeit.

Hauptkassierer Kollege Nies berichtete über den Stand der Kasse und der Mitglieder. Er konnte sehr erfreuliche Zahlen geben. Karlsruhe steht in ganz Nordbaden an erster Stelle. Man müsse in der Öffentlichkeit bekannt machen, daß keine DAF-Methoden verfolgt werden, sondern daß ehrlich und sauber gearbeitet wird und das Geld der Schaffenden in guter Verwaltung sei.

Den Bericht der Revisoren gab Kollege Hellmann. Er bestätigte die mustergültige Kassenführung und beantragte die Entlassung des Hauptkassierers.

Kollege Kiefer sprach über Organisationsfragen und Aufbau. Er führte aus: Nach der Besetzung von Aachen haben wir durch den ausländischen Rundfunk mit Freude von der Neubildung der Gewerkschaften gehört. Mit der Beendigung der heutigen Generalversammlung haben wir den demokratischen Aufbau des ADGB, Karlsruhe vollendet. Der Schwerpunkt unserer nächsten Tätigkeit liegt bei den Fachverbänden. Sie müssen ihr Eigenleben bekommen. Wir müssen Ortsverwaltungen schaffen. Darüber hinaus ist eine 6-Männer-Kommission gebildet, um die Fragen des Zusammenhanges mit den Bezirken Heidelberg, Mannheim usw. zu behandeln. Der junge Nachwuchs muß herangezogen werden. Wir haben alle dem ureigenen Ziel zu dienen, dem Neuaufbau der Arbeitnehmerorganisationen, und dies besser, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Oberregierungsrat Eichenlaub gab einen kurzen Bericht über die dreitägige Länderkonferenz und über die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuß. Die Gewerkschaften müssen zu einer Selbstverantwortung kommen. Mitwirkung in der Betriebsführung und paritätische Zusammensetzung der an Stelle bisheriger Industrie- und Handelskammern zu bildenden Wirtschaftskammern ist unerlässlich. Zu dem Sozialausschuß des Landrates sei auf Antrag als sachverständiger Gewerkschaftler der Kollege Schleicher herangezogen worden, der ausgezeichnete Arbeit leistet.

Ueber Betriebsräte und Wirtschaftsdemokratie sprach Kollege Deck. Der Geist des alten Unternehmertums

Die Stimme der Parteien

Demokratie! Wie Phönix aus der Asche, so ist aus den rauchenden Trümmern der nationalsozialistischen Diktatur die Demokratie aufgestiegen. Zunächst freilich nicht als Wirklichkeit, sondern als Wunsch, nicht als politische Tatsache, sondern als politisches Ziel.

Die Demokratie als politische Lebensform steht in Deutschland unter einem ungünstigen Stern. Sie hat in der Vergangenheit für ihre Anrichtigkeit trugen vielerlei jenseitig, zum Teil als „Abfallprodukt“ nationaler Katastrophen, zu dem erstmalig 1918, das zweitmalig 1945. Damit erschien sie, wenigstens in der Weimarer Republik, weiten Kreisen des Volkes als vorbelastet. Der Geruch, der ihr vom ersten Tage an anhaftete, wandelte sich in der Giftküche nationalsozialistischer Propaganda zum Gestank und stach schließlich als der Pesthauch eines politischen Kadavers in die Nase.

An der Diffamierung der Demokratie waren aber nicht nur ihre grundsätzlichen Gegner schuld. Ein hohes Maß von Verantwortung für ihre Anrichtigkeit trugen vielmehr jene, die, zu Wortführern der Demokratie berufen, sich als schlechte Schwalben des politischen Ideengutes erwiesen, das ihnen das Schicksal überantwortet hatte. Statt die Hilfsmittel der politischen Erziehung, die gerade das demokratische System in reicher Fülle bietet, zur staatsbürgerlichen Bildung des politisch unumgänglichen Volkes einzusetzen, mißbrauchten sie sie zu gruppen- und parteipolitischen Zwecken. Statt die Gefahren der demokratischen Lebensform zu vermeiden, ließen sie die Demokratie in hemmungsloser Demagogie, in unfruchtbarer parlamentaristischem Geschwätz, in lächerlicher Parteienzersplitterung und brutalem Massenwahn verkommen.

Wir stehen heute wiederum vor der Aufgabe, unserem Volke eine neue politische Lebensform zu geben. Wenn wir wollen, daß sie wahrhaft demokratisch werde, so müssen wir nicht nur die Fehler und Gefahren der Vergangenheit meiden, sondern in weit höherem Maße als nach dem ersten Weltkrieg die aufbauenden Kräfte der Demokratie klarstellen und einsetzen.

In dem beschränkten Raume politischer Bewegungsfreiheit, der uns noch belassen ist, zeigen sich Ansätze zum Guten, namentlich der Wille und die Tatsache der Zusammenarbeit der politischen Parteien. Daneben erweisen sich aber auch ständig Dinge, die beweisen, wie weit wir noch von echter demokratischer Haltung entfernt sind. Wie vertragen sich z. B. Denunziantentum, Posten-jägerie, Gesinnungszwang und ungerechtfertigte politische Diffamierung mit all ihren wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Folgen mit dem Geiste der Aufrichtigkeit, Mannhaftigkeit und Gerechtigkeit, ohne den die Demokratie nicht leben kann?

Es verlangt ein Riesenmaß politischer Erziehungsarbeit, die schweren Schäden zu überwinden, die unter dem Naziregime unser Volk namentlich auf dem Gebiete des politischen Anstandes erlitten hat, und es gleichzeitig für die Aufnahme des demokratischen Gedankengutes und dessen Verwirklichung reif zu machen.

Dieser Erziehungsaufgabe darf sich weder der Staat, noch eine Partei, noch irgendein anderes Organ des öffentlichen Lebens entziehen. Sie erfordert vor allem ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein des Volksgenossen gegenüber, dessen Wohl über den Partei- oder Gruppeninteressen nie vergessen werden darf, und damit jene ruchvolle Selbstbeschränkung, die allein die Freiheit vor der Willkür, der Vorstufe zur Diktatur, zu schützen vermag.

Anton Schwab, Generalsekretär d. Christl.-Dem. Union.

Klassenkampf? Das Wort Klassenkampf war in der Gründzeit der deutschen Arbeiterbewegung entstanden. Es sollte die den schwersten sozialen Bedrückungen ausgesetzte Arbeiterklasse zusammenführen, stark und mächtig machen, damit sie sich den gerechten Anteil am Leben erkämpfe und auch an den kulturellen Werten des Geistes, der Kunst und der Wissenschaft teilhabe. Der sogenannte „Jüdische Stand“ ist einst sehr deklassiert gewesen, wovon sich heute ein moderner Arbeiter oder Angestellter kaum noch einen Begriff machen kann. Daß ein Karlsruher Stadtrat im Jahre 1918 etwa sagen konnte, es gehe dem Arbeiter sehr gut, wenn er täglich für 6 Pfennige Backsteinkasse versperen könne, läßt schon einiges erahnen. Und wer weiß es noch, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun 1918/1919 die Leibelgesellschaft der Arbeiter in Ostpreußen aufhob, die also bis nach dem ersten Weltkrieg bestanden hätte! Der Klassenkampf der schaffenden Menschen hatte in der Weimarer Republik mit der Verfassung, dem Betriebsrätegesetz, den Reichs-tariftverträgen, der Arbeitsgerichtsbarkeit, den Volkshochschulen, den Volkshilfen usw. usw. bedeutende Ziele errungen. Der Kapitalismus und die Reaktionskräfte haben ihre letzten Zwingburgen fallen lassen. Sie riefen auf zur Besitzverteidigung und erstellten das Schreckenspannen der roten Horden, der Marxisten, die sogar dem biederen Metzgermeister seinen Hacken-kampf der Besitzenden gegen die Arbeit-tenden ein, der schließlich mit Hilfe des Arbeiterführers Hitler die Arbeiter entrechtete und zuletzt aber auch das ganze Volk zu Habenichtsen machte.

Hat das deutsche Volk heute noch einen Klassenkampf zu führen? Sicher nicht mehr. Das schaffende Volk setzt die Zeitforderung einer Wirtschaftsdemokratie naturnotwendig durch und wird daraus sein Recht und seinen Anteil am Leben zu erhalten wissen. Die Sozialisierung der Großindustrie, der Boden-schätze, der Kraftwerke usw. wird die Wirtschaftsgewalt unter die Hebel der gesamten Volkes stellen und sie für friedliche Zwecke dem Fortschritt und der modernen Entwicklung dienlich machen.

Die Sozialdemokratie führt in ihrem besten Kern die schaffenden Klassen kämpfen mühen, um ihrer Menschenrechte willen. Die Freiheiten von Not, Hunger und Furcht aber sind heute die Notwendigkeiten des ganzen Volkes. Die restlichen fragwürdigen Klassen-schranken sind brüchig, sie werden morgen fallen. Wir bauen heute an einem neuen Deutschland, das weder ökonomisch noch geistig noch kulturell Klassen haben wird, wenn wir folgerichtig zu Werke gehen.

Uns trennt nichts von dem. Weil auch dieser ohne sein Einverständnis oder Mitwirken der gemeinsamen Klassen der Bedrückten ge- hört und damit zwangsläufig der allein möglichen Entwicklung in Sozialismus unterworfen sein wird. Sozialismus ist eine Menschheitsidee und war zu keiner Zeit nur Sache der Ärmsten des Volkes.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Die von den 13 Fachgruppen für den Erweiterten Vorstand vorgeschlagenen Kollegen wurden mit absoluter Mehrheit gewählt.

Der 1. Vorsitzende, Kollege Flöber, schloß die fast 7 Stunden dauernde und harmonisch verlaufene Generalversammlung mit Freude und Dank für die geleistete Arbeit und mit einem Appell an die Jugend, mit-zuhelfen an den großen sozialen Auf-gaben der Gewerkschaften.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Gewerkschaftskonferenz in der britischen Besatzungszone. Eine dreitägige Konferenz deutscher Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Teilen der britischen Zone wird heute in Hannover eröffnet. Die Delegierten streben gemeinsame Richtlinien in Gewerkschafts-fragen an und setzen sich für Sondergewerkschaften der verschiedenen Industriezweige gegenüber einer zentralen Gewerkschaft für sämtliche Industrien ein.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Bau. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet Nachr.-Büro), DNS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Ge-währ übernommen.

